Nr. 287

19. Mai 1994

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM





Hallo,
mit unserem Titelbild wollen wir noch mal alle Interessierten zur zahlreichen Teilnahme am ersten bundesweiten Vorbreitungstreffem am 28./29.5. in Halle ermuntern!!! Genauere Angaben dazu könnt ihr in der Nr. 258 nachlesen.
Außerdem senden wir powervolle Grüße an die BesetzerInnen in Eberwalde-Finow!!!
Einsendeschluß ist & bleibt Montag, auch für Termine!!!

Inhalt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Die Unregierbaren - Autonome Liste proudly presents:

Bei ARD und ZDF sitzen wir heute in der ersten Reihe!!

Wahlspots:

ARD 24.5.94 22.05 Uhr
ARD 1.6.94 23.00 Uhr

ZDF 27.5.94 22.15 Uhr
ZDF 4.6.94 18.45 Uhr

und im Radio!!

WDR 2 1.6.94 15.08 Uhr
NDR 4 17.5.94 12.47 Uhr
NDR 4 31.5.94 16.57 Uhr
SWF 3 28.5.94 19.5[illegible]
SWF 1 1.6.94 9.05 Uhr
HR 1 11.5.94 6.24 Uhr
HR 1 20.5.94 11.47 Uhr
HR 1 30.5.94 19.45 Uhr
DLF 25.5.94 14.27 Uhr
DLF 6.6.94 19.27 Uhr

SDR 1 19.5.94 17.55 Uhr
SDR 3 3.6.94 18.55 Uhr
SFB 1.6.94 19.25 Uhr
SFB 6.6.94 17.25 Uhr
Saar R. 20.5.94 11.04 Uhr
Saar R. 26.5.94 14.07 Uhr
ODR 16.5.94 16.57 Uhr
ODR 3.6.94 16.57 Uhr
MDR 19.5.94 8.07 Uhr
MDR 2.6.94 12.35 Uhr
BR 27.5.94 19.05 Uhr
BR 9.6.94 6.06 Uhr
WDR 4 7.6.94 13.08

RADIO BRANDENBURG 95,8

Das wars mit den Spots.

Es fehlen noch Leute, Gruppen, die ihre Ideen, Ziele, Inhalte mittels Plakaten (Stellwände, selbststehende oder auch mal hängend) in der Stadt verteilen wollen. Wobei es völlig egal ist ob ihr die ganze Stadt plakatiert, oder nur dem Sexshop oder anders Ekligem nebenan was vor die Nase stellt.

Infos bekommt ihr, wenn ihr uns eine Nachricht beim Papiertiger reinlegt (oder schickt c/o Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin)

Wenn ihr dazu keine Lust habt trefft ihr uns in der
VOKU Niederbarnimstr. 23 HH
Friedrichshain
Montag 18-20 Uhr
Donnerstag 19-21 Uhr

WIR BRAUCHEN NOCH UNBEDINGT MASSENHAFT STELLWÄNDE!

DIE UNREGIERBAREN
AUTONOME LISTE

VV zur bundesweiten Antifa- Demo
Fr. den 20.Mai 1994 18 Uhr,
Versammlungsraum - Mehringhof-
Gneisenaustr.2a 10965 Berlin

Ordner

Heraus zum 21./22.Mai

Letzte Infos zur bundesweiten Demo am 21. Mai 15 Uhr Breitscheidplatz und zur Kundgebung/Konzert am 22.Mai 15 Uhr vor dem Frauenknast Plötzensee

KeineKriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes und der Selbstverteidigung von ImmigrantInnen- Eingreifen ist gerechtfertigt

Route: Auch wenn die endgültige Route der Demo heute (So den 15.5.) noch nicht 100%ig feststeht, wird die Demo wohl über folgende Straßen laufen
Kudamm-Schlüter-Kant-Leibniz-Cauer-Gericke-March-Einsteinufer-Dove-Helmholtz-Gotzkowskybrücke-Alt-Moabit bzw. Turm bis zum Knast in Moabit.
Zwischendrin wird es eine Kundgebung, wahrscheinlich an der Gotzkowsykbrücke geben. Vor dem Knast in Moabit gibt es Wunschmusik und noch einmal Redebeiträge und Grüße an die Gefangenen.

Redebeiträge: gibt es von den Betroffenen der Kriminalisierungswelle aus Mainz, Arolsen, Berlin usw. sowie einen Beitrag von medico zur Abschiebung von KurdInnen.
Wenn Ihr Grüße an Leute in den Knästen habt, könnt Ihr die im übrigen bei den Kungebungen durch die Lautsprecheranlagen durchsagen.

Zu den Vorbereitungen:
Die Veranstaltungsreihe zur Demo in Westdeutschland ist zu Ende und lief ziemlich gut. Insgesamt waren wir in über 20 Städten, aus vielen wollen Bussen kommen.
Von der Pressekonferenz mit Ulla Jelpke, MdB, und dem IG-Metall-Betriebsrat Hans Köbrich am vergangenen Freitag den 13. haben wir auch einen guten Eindruck. Zwar war der JournalistInnen-Ansturm nicht übergroß, (es kamen 7 Medien), aber das war für eine Demo-Vorstellung zu dem Thema dennoch ein Erfolg. Bei der Pressekonferenz haben wir betont, daß antifaschistischer Widerstand, d.h auch militantes Eingreifen, notwendig ist. Außerdem haben wir vermittelt, daß Kriminalisierung nicht nur sog. "autonome Antifas" betrifft. Die Medien haben das natürlich nur sehr begrenzt wiedergegeben.

In der letzten Woche laufen jetzt noch einmal Verteilaktion vor Schulen, an U-Bahnen und auf Veranstaltungen. In ein paar Kinos zeigen sie in dieser Woche im Werbeblock Dias für die Demo und mit Projektor werfen wir abends die Ankündigung auch auf eine Häuserwand in Kreuzberg. Auch wenn wir nicht über die Größe der Demo spekulieren wollen, glauben wir doch, daß die Mobilisierung ziemlich gut gelaufen ist.
Also: es gibt allen Grund, zahlreich zu kommen!

Laßt die Inhaftierten nicht im Stich.

Freilassung der Inhaftierten-

Aufhebung der Haftbefehle

die Demovorbereitung





Sicherheitsdienste im "Autonomen Sicherheitstest"

Diesmal im Test: Wachschutzunternehmen "Berliner Wache"
Im Zeitraum vom 9.- 13.Mai galt unser ganz besonderes Interesse dem Sicherheitsstandart der "Kleinkrafträder" der oben genannten Firma. Hier das *aktuelle Testergebnis:* Aus einer repräsentativen Menge dieser Fortbewegungsmittel wurden in zeitlichem und räumlichem Abstand 6 genauer untersucht. Wir mußten feststellen, das alle im Test befindlichen Kräder erhebliche bis schwerwiegende Mängel aufwiesen. So z.B. Sekundenkleber im Zündschloß, Reifen gänzlich ohne Luft, fehlende Zündkerzenstecker, Buttersäurehaltige Sitzbänke, durchschnittene Kabelbäume und sogar Fahrradschlösser um die Reifen, die sich aufgrund fehlender Schlüssel nur unter Aufwand öffnen ließen.

Fazit: Wir sind enttäuscht von dieser Firma aufgrund gravierender Sicherheitsmängel. Dafür bekommt sie leider nur die gewöhnliche Chrom-legierte Sicherheitsnadel verliehen - direkt in das Vorderrad.

Autonomer Sicherheitstest

Frauen verwüsten „Emma"-Redaktion

KÖLN, 12. Mai (AP). Etwa zwölf Frauen haben in Köln die Redaktion der feministischen Zeitschrift „Emma" überfallen und die Arbeitsräume verwüstet. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, besprühten die Täterinnen am Dienstag abend Computeranlagen und andere elektronische Geräte mit roter Farbe. An die Wände malten sie Parolen wie: „Euthanasie ist Gewalt". Die Redaktion erstattete Anzeige.

Nach Angaben der Herausgeberin Alice Schwarzer zerschnitten die vermummten Frauen zudem Telefonkabel und stahlen eine Handkasse. Die als einzige Mitarbeiterin anwesende Layouterin sei mit Gewalt festgehalten worden. In einem Bekennerschreiben hieß es, „Emma" greife das Lebensrecht behinderter Menschen an. Die Unterschrift auf dem Bekennerschreiben lautete „Frauen Lesben Gruppen aus Köln + anderswo". Die Parolen und das Schreiben beziehen sich auf Artikel über Fundamentalismus, Tierversuche und den Schriftsteller Peter Singer mit seinem Buch über medizinische Nichtversorgung von schwerstbehinderten Neugeborenen, wie Schwarzer erklärte.

Verschlossene Türen gegen Zwangsarbeit!

Seit dem Herbst `93 werden SozialhilfeempfängerInnen verstärkt zu Zwangsarbeit verpflichtet. Nach Paragraph 19 des Bundessozialhilfegesetzes nennt sich das "gemeinnützige und zusätzliche Arbeit (gzA)", wird mit 1-4 DM "Aufwandsentschädigung" zur Sozialhilfe bezahlt und umfaßt 40- 80 Stunden pro Monat. Anrecht auf Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld etc. besteht natürlich nicht.
Wer sich weigert, Zwangsarbeit zu leisten, bekommt Kürzungen oder sogar die Streichung der Sozialhilfe reingedrückt. In Berlin stecken z.Zt. ca. 40 000 SozialhilfeempfängerInnen in diesen Arbeitsverhältnissen. Davon profitieren v.a. kommunale Einrichtungen, die Teile ihrer Festbelegschaften durch ZwangsarbeiterInnen ersetzen, aber auch Projekte im Kultur- und Alternativbereich, die ihre materielle Existenz zunehmend auf Kosten von SozialhilfeempfängerInnen zu sichern versuchen.

Anläßlich der "Aktionstage gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn" haben wir einigen Einrichtungen und Projekten, die sich an der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen beteiligen, stellvertretend einen kleinen Denkzettel verpaßt, indem wir ihre Türschlösser verklebt haben:

-Kreativ- Haus, Wolliner Str.
-Berliner Kabarett Anstalt, Mehringdamm
-DRK Kreuzberg
-Blindenanstalt, Oranienstr.
-Zilleschule, Mariannenplatz
-Pfefferberg, Schönhauser Allee
-Seniorenheim, Reichenberger Str.
-AGB, Blücherplatz
-Bürgerhilfe e.V., Wrangelstr.
-Jerusalem Kirchhof, Bergmannstr
-Otto-Wels- Schule, Alexandrienenstr.
-Kulturbrauerei, Schönhauser Allee
-Tacheles, Oranienburger Str.
-Finanzamt am Platz der Luftbrücke/ Columbiadamm

Außerdem, stellvertretend für die verantwortlichen Behörden:

-beim Sozialamt Mariannenplatz und
-bei den Arbeitsämtern Lichtenberg und Prenzlberg in der Gotlinde- bzw. Storkowerstr.

Wir hoffen, damit bei Beschäftigten und BenutzerInnen dieser Institutionen eine Diskussion über diese miese Praxis auszulösen.

Wir fordern: -Schluß mit der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen
-Verträge und korrekte Bedingungen für die,die arbeiten wollen
-Keine Repressalien oder Schikanen gegen Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen

Gegen die Schikanierung und Verdrängung von Flüchtlingen, Obdachlosen, Erwerbslosen, Prostituierten und allen anderen, die nicht in das Bild der Herrschenden vom "arbeitsamen, ordentlichen Deutschen" passen

Autonome Gruppen gegen Zwangsarbeit

Fingierter Rückruf

Offensichtlich im Datum geirrt hat sich ein Anonymus, der Sortimentsbuchhandlungen darüber informierte, daß die Buchverlage Ullstein Langen Müller in einem Rechtsstreit um die deutschen Übersetzungsrechte des Titels »Das Rätsel der Dakar« (Robert Ballard) unterlegen sei.
Der nicht mit dem 1. April, sondern mit dem 28. April datierte Brief fordert dazu auf, alle bereits ausgelieferten Bände zurückzuschicken. Pikant: Ullstein weiß nichts von einer solchen Rückrufaktion und stellt richtig, »daß es sich bei diesem Schreiben um eine grobe Fälschung handelt«. Es existiere keinerlei Rechtsstreit um diesen Titel, ein Rückruf durch den Verlag fand ebenfalls nicht statt. Man hat Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt und bittet um Hinweise auf die Urheber der Fälschung. Der Fälscher jedenfalls kannte offensichtlich Interna: Er bediente sich nicht nur des Briefpapiers der Ullstein Verlage, sondern bei der Unterzeichnung auch des Namens eines aus dem Verlag zum Jahresende '93 ausgeschiedenen Mitarbeiters.

Börsenblatt für den deutschen Buchhandel
6. Mai 94

Berlin:
Ullschwein Buch
Ullschwein Tasch
buchverlag
Propyläen
Gebr. Mann
Deutscher Verlag
Kunstwissenschaft
Edition
Sven Erik Bergh
München:
Bechde
Edition Meyster
Edition Thiemig
Herbig
Langen Müller

HIER IRRT DER REDAKTEUR

Bei dieser Aktion handelt es sich keineswegs um einen Aprilscherz. Wir haben auf gefälschtem Ullstein-Briefpapier an eine erlesene Auswahl von Buchhandlungen quer durch die BRD eine fingierte Aufforderung geschickt, alle vorrätigen Exemplare eines ziemlich teuren Ullstein-Buchs wegen eines angeblichen Rechtsstreits an den Verlag zurückzuschicken.

Diese Aktion richtet sich gegen den Ullstein-Verlag - einen der größten Verlage in der BRD -, der federführend daran beteiligt ist, braune Ideologie zu verbreiten und salonfähig zu machen. Für den Rückruf haben wir nicht eines von den rechten Machwerken gewählt, weil wir mit unserer Aktion natürlich nicht einem der Fascho-Bücher zusätzliche Öffentlichkeit verschaffen wollten. Es handelt sich um einen x-beliebigen Schundroman, dessen Rückruf geeignet war, den Ullstein-Verlagsbetrieb möglichst wirksam zu stören.
Der Altnazi und Verlagschef Herbert Fleissner hat keine Mühe gescheut, wichtige Exponenten der alten und neuen Rechten wie Haider, Schönhuber, Nolte, Striefler und Zitelmann um sich zu scharen und ein stramm völkisch-nationales "Verlagsprogramm" zu entwickeln. Welche Rolle ein Medienimperium wie Springer, zu dem auch Ullstein gehört, als Wegbereiter der Faschisierung der Gesellschaft spielen kann, sieht man an Berlusconis Erfolg bei der letzten Wahl in Italien.

Unsere Aktion zeigt, daß sogar solche Mediengiganten wie der Ullstein-Verlag nicht unantastbar sind - es ist sogar möglich, sich ihrer Infrastruktur zu bedienen, um Sand in ihr Getriebe zu schmeißen. Die Aktion zeigt auch, daß man mit wenig Aufwand große Wirkung erzielen kann: Massen von Büchern wurden an den Verlag zurückgesandt, Ullstein mußte flächendeckend Buchhandlungen anschreiben und für teuer Geld eine Dementi-Anzeige in der Fachpresse aufgeben.

Während bei jeder Demo die Bullen-Büttel in panischer Aufmerksamkeit sich vor Springers Verlagsgebäude stapeln, möchten wir das Augenmerk auf die Hintertüren richten, die sperrangelweit offenstehen. Insofern war unsere Aktion zwar kein Aprilscherz, aber sie hatte ihren Witz: Es kommt gerade auf Aktionsformen an, die unberechenbar Schaden an völlig unvermuteten Stellen anrichten.
Diese Aktion war nicht die letzte. Nicht von uns, und nicht von anderen.

Verlagsgruppe ULLSCHWEIN

ACHTUNG:

Dieser Brief ist eine bösartige Fälschung!

Mit diesem Schreiben soll dem Verlag und dem Sortimentsbuchhandel geschadet werden. Es gibt keinen Rechtsstreit um die Übersetzungsrechte des Titels »Das Rätsel der Dakar« von Robert D. Ballard. Der Verlag läßt sich eine derartige Geschäftsschädigung nicht bieten und hat umgehend Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet. Alle Kolleginnen und Kollegen werden um sachdienliche Hinweise auf den oder die Verfasser dieser plumpen Fälschung gebeten (Telefon-Durchwahl: 030-2591-3521). Strengvertrauliche Behandlung der Informationen wird zugesagt. Wir bedanken uns im voraus für Ihre Unterstützung.

Ullstein Ullstein Ullstein

BUCHVERLAGE ULLSTEIN LANGEN MÜ...

BERLIN

DRINGENDER RÜCKRUF

28 April 1994
V L/RRS/nu

Sehr geehrte Damen und Herren im Sortiment,

wie Sie vielleicht schon der Berichterstattung in der Branchen- und Tagespresse entnommen haben, ist der Verlag Ullstein GmbH in einem Rechtsstreit um die deutschen Übersetzungsrechte an unserem Frühjahrs Spitzentitel von Robert BALLARD unterlegen. Wir sind überzeugt davon, die Lizenzrechte für den deutschen Sprachraum rechtmäßig erworben zu haben und haben das Urteil angefochten. Dennoch ist es vorläufig vollstreckbar. Wir müssen uns zunächst danach richten und den Titel bis auf weiteres zurückrufen.

Bitte senden Sie daher umgehend alle Lagerexemplare unseres Titels

Robert BALLARD / Tony CHIU
Das Rätsel der Dakar
Roman *Ullstein 1994*
ISBN 3 550 06712 7 *Ladenpreis DM 44,-*

direkt an unsere Auslieferung KNOe oder hierher nach Berlin zurück möglichst unter Angabe der Bezugsdaten.

Wir garantieren Ihnen sofortige Gutschrift in voller Höhe nebst Vergütung Ihrer Rücksendekosten

Für Ihr Verständnis für diese unumgängliche Maßnahme und für Ihre rasche Reaktion danken wir Ihnen schon jetzt sehr herzlich. Wir benachrichtigen Sie sofort, wenn der Titel wieder lieferbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Buchverlage Ullstein Langen Müller
Vertriebsleitung

Richard R. Schmeisser

Berlin: Ullstein Buchverlag, Ullstein Taschenbuchverlag, Propyläen, Gebr. Mann, Deutscher Verlag f. Kunstwissenschaft, Edition Sven Erik Bergh; München: Bechtle, Edition Meyster, Edition Thiemig, Herbig, Langen Müller, Lentz, Mahnert Lueg, Mary Hahn, Nymphenburger, Universitas, Wirtschaftsverlag; Wien: Amalthea Verlag; Zug (Schweiz): Europabuch AG

Ullstein Langen Müller Verlag GmbH & Co. KG, Lindenstraße 76, 10969 Berlin
Telefon: (030) 25 91 3570, Durchwahl: (030) 25 91-, Telex: 183723 ulgul d, Telefax: (030) 25 91 3523, Telegrammadresse: Ullsteinbuch Berlin

Ullstein Langen Müller Verlag GmbH & Co. KG, Sitz Berlin, AG Charlottenburg HR A 20 574. Komplementär: Ullstein Langen Müller Verlag Geschäftsführungs GmbH, Sitz Berlin, AG Charlottenburg HR B 42 9.., Geschäftsführer: Dr. Herbert Fleissner. Bank: Deutsche Bank Berlin AG 602 5100 (BLZ 100 700 00)

Prozess gegen zwei Antifaschisten aus dem Rhein-Main Gebiet

Am Freitag,den 16.07.93 fand in Hungen-Inheiden (zwischen Frankfurt/M und Gießen) ein Antifa-Konzert, organisiert von der örtlichen antifaschistischen Jugend Hungen-Inheiden, statt.
Grund für diese Veranstaltung war der immer stärker werdende Druck und die Bedrohung von Menschen durch, zum Teil organisierte, Neonazis aus der Region. In den vergangenen Wochen kam es bereits mehrfach zu Übergriffen auf ausländische Menschen und ortsansässige Antifas. Mit dem Konzert wollten die VeranstalterInnen ein Zeichen gegen den Terror der Faschisten setzen und vor allem die Jugendlichen aus der Umgebung ansprechen und informieren. Im Verlauf des ganzen Abends kam es mehrfach zu Provokationen durch Skinheads, die in unmittelbarer Nähe der Konzerthalle auftauchten. Diese wurden von Antifas entschlossen verjagt und aus der Umgebung der Halle vertrieben. Während des Konzerts versammelten sich in ca. 500m Entfernung zum Veransaltungsort etwa 30 Personen, darunter etwa 15-20 der örtlichen Faschoszene angehörige Menschen, auf einer Grillfeier. Von hier gingen die Provokationen aus.

Nach dem Ende des Konzerts, die meisten BesucherInnen befanden sich schon auf dem Heimweg, kam es zu einem unerwarteten Einsatz von seiten der Bullen. Diese fuhren mit einem halben Dutzend Streifenwagen in die Menge vor der Halle und fingen an, umstehende Menschen wahllos festzunehmen, was aber zum Teil verhindert werden konnte. Dabei drohte ein durchgeknallt wirkender Polizeihundeführer umherlaufende Hunde von KonzertbesucherInnen einfach abzuknallen. Innerhalb dieses Durcheinanders machten die Bullen die zwei Festnahmen. BesucherInnen, die gegen dieses Vorgehen protestierten, wurden von den Bullen mit gezogenen Knarren, Schlagstöcken und Reizgas angegriffen. In der sich entwickelnden Auseinandersetzung konnten die Bullen mit Steinen und Flaschen verjagt werden, ohne allerdings die Festnahmen verhindern zu können.

Beide Antifaschisten wurden am darauffolgenden Sonntag in Friedberg dem Haftrichter vorgeführt und gegen beide wurde dann wegen „Verdunkelungsgefahr" Haftbefehl erlassen. Während der eine nach 11 Tagen aus der U-Haft in der JVA Friedberg entlassen wurde, musste der andere ganze 6 Wochen im Knast in Gießen in U-Haft sitzen.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION '94

Jetzt, nach fast einem Jahr soll den beiden der Prozess gemacht werden.

Vorgeworfen wird ihnen u.a. Landfriedensbruch, schwerer Raub, Bildung bewaffneter Haufen etc. Nach der deutlichen Zunahme des Terrors der Neonazis aus der Region im letzten Herbst, der bis in die letzten Wochen anhält, folgt nun die staatliche Repression gegen Menschen, die diesem Terror von Rechts etwas entgegensetzen wollen. Die Anklage basiert ausschlieslich auf Aussagen der Faschisten. Mittlerweile ist bekanntgeworden, daß Schneiderbauer (einer der Zeugen gegen die Antifas) eine „ Todesliste" mit Namen von politischen GegnerInnen aufgestellt hat. Seit der Jahreswende 93/94 organisiert er mit seinen Kameraden Überfälle und Jagden auf Andersdenkende .
Hier nur einige Beispiele aus der langen Reihe faschistischer Aktionen in der Wetterau :

- Anfang Januar hetzen in Muschenheim bei Lich ca. 30 Faschos vier Jugendliche aus dem Dorf durch die Strassen und verletzen ein Mädchen (Armbruch), Mitte Februar fahren die Faschos mit Autos durch das Dorf und suchen erneut nach ihren Opfern.

- Am 16.4.94 fand das Jahrestreffen der Neonazihilfsorganisation HNG in Wiesental bei Ober-Mörlen statt.

- Am 20.4.94 feierten ca. 30 Nazis den „Hitlergeburtstag" in der Nähe von Wölfersheim/Beerstadt.

- Am 30.4.94 überfallen 30 Skins eine Feier einer Footballmannschaft am Inheidener See bei Hungen.

Menschen, die sich gegen diesen Terror zur Wehr setzen, werden von der Polizei bedroht. Dieser Prozess wird einmal mehr verdeutlichen, auf wessen Seite sich der Staat mit all seinen Organen stellt, wenn nicht gerade wirtschaftliche Interessen ein härteres Vorgehen gegen die Nazis erfordert. Siehe Mölln,Solingen und der sogenannte „Prestigeverlust" der BRD im Ausland.

Spendenkonto:
Anna Schie
Kto. Nr. 304 801 372
BLZ 500 502 01
Frankfurter Sparkasse
Stichwort: Prozess

Veranstaltung zum Prozess am Donnerstag, 19.5.94 um 19.00 Uhr im Cafe Exzess, Leipziger Str. 91, Ffm

Prozessdaten : Landgericht Gießen , Ostanlage 15

☞ Freitag , 27.5.94 — jeweils um 8.30 Uhr
Dienstag , 31.5.94 — Raum 227
Freitag, 3.6.94 — II Stock

V.i.S.d.P. O.W.Fischer, Frankfurt

Bernau, 8.5.94 - Redebeitrag auf der Demonstration

Wir stehen hier vor dem Polizeirevier von Bernau. Ich gebe jetzt wieder, was mir ein Vietnamese über die Menschenjagd in Bernau berichtet hat, er möchte nicht, daß sein Name genannt wird: *Zwei Männer kamen in einem VW Passat. Wir dachten, es wären rechte Jugendliche, und liefen weg. Sie liefen hinter uns her. Dann bin ich hingefallen. Sie stürzten sich auf mich, drehten mir die Arme nach hinten, legten mir Handschellen an. Ich lag auf dem Boden, mit dem Gesicht zur Erde. Einer der beiden Zivilpolizisten schlug mir mit einem Gummiknüppel auf den Kopf, dann drückte er mit seinem Stiefel mein Gesicht immer fester in die Erde. Ich bekam Erde in Mund und Nase und konnte kaum noch atmen. Bauarbeiter, viele Leute guckten zu und lachten. Dann wurde ich in das Auto gebracht und auf die Polizeiwache in Bernau gefahren.* Soweit zunächst der Bericht.

Menschenjagd in Bernau, genau wie in Berlin, genau wie in Magdeburg und anderen Städten dieses neuen Großdeutschland. Menschenjagd gegen Vietnamesen, und viele gucken zu.

Diese Menschenjagd der Zivilfahnder ist das Ergebnis einer vierjährigen Geschichte der staatlichen Ausgrenzung und Kriminalisierung. Vor vier Jahren, im Frühjahr/Sommer 1990, stand die DDR kurz vor der Auflösung. Die BRD setzte den Rahmen für die Einverleibung der DDR. Das hieß für die VietnamesInnen, Mosambikaner und Angolaner: Entlassung aus dem Betrieb, Verlust der Wohnung oder drastische Mietsteigerung, und die Perspektive der massenhaften Abschiebung. In den ersten beiden Jahren des neuen Großdeutschland verließen 60.000 Menschen, die meisten der ehemaligen sogenannten VertragsarbeiterInnen, das Land, wo sie jahrelang gelebt und malocht haben. Demoralisiert, oft noch um die Abfindungen betrogen, aller Aufenthaltsrechte verlustig gegangen, und dann noch die Pogrome - wir erinnern uns an Hoyerswerda - es waren Fußtritte, Steinwürfe und die unglaubliche Erniedrigung in den deutschen Amtsstuben, die diese Menschen hinauswarfen, ins Flugzeug beförderten.

Geblieben sind 20.000, 25.000 Menschen. Für ein kleines Zimmer im Heim zahlen sie inzwischen 600, 700 DM. Legale Arbeit können die meisten nicht finden,sie werden in die Illegalität getrieben. Vielen bleibt nur das illegale kleine Geschäft wie der Handel mit Zigaretten. Die drakonischen Strafen, mit denen dieser Handel geahndet wird, führt zur Abschottung in feste Ländergruppen. Die meisten Verbindungen, Kontakte, Freundschaften nach außen werden gekappt. Es entsteht eine Bevölkerungsgruppe - hier mitten uns - die nicht nur rechtlos ist, die nicht nur kriminalisiert wird, sondern die auch verfolgt werden kann, vom Staat, von den Bullen, den Nazis, ohne daß auch nur ein Hahn danach kräht. Viele sehen zu, viele klatschen Beifall bei den Menschenjagden, aber nachher hat niemand was gewußt.

Laßt mich heute am 8. Mai kurz eingehen auf die historische Kontinuität der Menschenjagden in Deutschland: Als sich die Nazis vor 50 Jahren mehr und mehr zurückziehen mußten, im Frühjahr 1944, gaben sie folgende Kampfparole aus: "Verteidigung der Festung Europa". Die deutsche nationalsozialistische Herrschaft erstreckte sich noch über den Großteil Europas, vom Atlantik bis Rumänien, von Skandinavien bis Griechenland. Die Rote Armee befreite in jenen Monaten die Krim und die Ukraine. - Die "Festung Europa" - sie hielt nicht länger mehr als ein Jahr. Diese Kampfparole vom nazi-geeinten abgeschotteten Europa bedeutete eine ungeheure Beschleunigung der Vernichtungsmaschinerie. Anfang Mai 44 fuhr der Deportationszug der jüdischen Kinder aus dem französischen Izieu durch Deutschland in Richtung Auschwitz. In Frankreich sollte es der erste und letzte Deportationszug mit Kindern sein: Die Partisanen und antifaschistischen Gruppen lösten alle jüdischen Kinderheime auf und versteckten die Kinder illegal, solidarisch bei Nachbarn, in städtischen Schlupflöchern oder auf dem Land. Es begann der Massenaufstand gegen den Nationalsozialismus - europaweit.

Wer heute die Verteidigung der Festung Europa beschwört, wer dem BGS das Recht geben will, Flüchtlinge und MigrantInnen vier Tage ohne jedwede Kontrolle festzuhalten, wer die Bundeswehr und die Bürgerwehren in den grenznahen Gebieten patroullieren lassen will - der weiß, was kommt. Der will den Übergang von Mißhandlung zur Folter. Der betreibt Planung und Beihilfe zu Mord an MigrantInnen an den Grenzen und im Innern dieser Festung.

Wer am schärfsten von Ausweisung bedroht ist, der läuft in diesem Land die größte Gefahr, zusammengeschlagen, beraubt, ja gefoltert und umgebracht zu werden. Niemand hört die Schreie, niemand klagt an.

Dann wurden wir - so berichtet der Vietnamese, den ich eingangs zitierte, *dann wurden wir auf die Polizeiwache in Bernau gebracht. Das ist ein Gelände mit mehreren Gebäuden. Sie brachten uns am Pförtner auf der linken Seite vorbei, und dann in das Gebäude links. Kaum waren wir drinnen, wurden wir von mindestens sechs Polizisten umringt, von den Zivilpolizisten und den anderen Bernauer Polizisten. Wir mußten uns nackt ausziehen. Die Männer mußten in die Mitte in den Ring der Polizisten. Die Frau bekam eine Plastiktüte über den Kopf. Und dann wurden wir zusammengeschlagen, mit Knüppeln und Stiefeln. Einer von uns wurde so auf beide Schläfen geschlagen, daß er bis heute große Schmerzen hat. Dann zogen die zwei Zivilpolizisten Messer aus der Tasche und lachten. Sie sagte, sie würden damit unsere Geschlechtsteile abschneiden. Dann fotografierten sie uns, wie wir nackt dastanden oder lagen. Sie zwangen uns, Grimmassen zu schneiden, wir mußten unsere Münder mit den Fingern langziehen und die Augen mit den Fingern zu Schlitzaugen machen. So fotografierten sie uns. Das alles dauerte vier bis fünf Stunden. Dann wurden wir freigelassen.*

Drei junge Polizisten in Zivil haben in den letzten Monaten hier in diesem Gebäude Menschen gefoltert, drei weitere Bernauer Polizisten haben zugesehen und mitgemacht. Die Berichte, die uns von den Gefolterten vorliegen, stimmen bis ins Detail überein:

Die Festgenommenen werden mit immer gleichen Methoden zusammengeschlagen, die Methoden sind stets sexuell erniedrigend. Einer der Vietnamesen, der zusammengeschlagen wurde, berichtet, daß er anschließend vergewaltigt wurde.

Ein beunruhigendes Detail sind die Fotos, die die Zivilbullen schießen: Da produzieren sie ständig direktes Belastungsmaterial gegen sich selbst, sie demonstrieren, daß sie sich in völliger Straflosigkeit, ohne jegliche Kontrolle aufführen können. Sie fühlen sich sehr sicher. Vermutlich handelt es sich dabei um die Sonderkommandos aus Eberswalde, die gegen die sogenannte organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Folter in Bernau, und Tod in Berlin. Vorletzte Woche wurde ein Vietnamese bei einer Razzia festgenommen und starb, so die polizeiliche Meldung, mit Herzversagen auf dem Polizeitransport. Oder vor wenigen Monaten ein Vietnamese, der unmittelbar in Folge einer Razzia an Nikotinvergiftung verstarb, so der Totenschein. Nikotinvergiftung, Plastiktüte, Drohungen mit dem Messer, Fotos, Vergewaltigung.

Woher kommen die Übergriffe auf Vietnamesen? Wie ist es möglich, daß Folter und Mord durch Polizisten, Wachschutz und Nazibanden wieder in Deutschland an der Tagesordnung sind?

Was wir hören von den Vietnamesen, von den Sinti und Roma, von den Obdachlosen - das ist die Konsequenz des Ausbaus der Festung Europa. Die Konsequenz nach innen.

Schau hin, greif ein, und das heißt, weg mit diesem Folterrevier der Polizei, greifen wir die Nazis und Grenzfetischisten an, die Bürgerwehren und den rassistischen Normalzustand!



Präsidentenauto gestohlen

Der Dienstwagen von Polizeipräsident Hagen Saberschinsky ist gestohlen worden. Nach Polizeiangaben war das Auto bereits am Sonnabend vormittag von Unbekannten entwendet worden. Es hieß, der Fahrer habe nur für wenige Minuten den Wagen verlassen. Als er zurückkam, sei der dunkelblaue Mercedes 200 verschwunden gewesen. Das Auto hat das amtliche Kennzeichen B-X 8471.

Hagen Saberschinsky ist nicht der erste Prominente, dem das Auto gestohlen worden ist. Der funkelnagelneue Dienst-BMW 520 des Wilmersdorfer Bezirksbürgermeisters Horst Dohm verschwand Mitte Mai vergangenen Jahres – allerdings in Danzig. Just in dieser Nacht war die Kamera des videoüberwachten Parkplatzes ausgefallen. Dohm findet sich in guter Gesellschaft. Bereits zwei Dienstwagen ist der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck in Danzig an Diebe losgeworden.

Aber auch in Berlin gab es bereits prominente Diebstahlsopfer: dem Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Burkhard von Walsleben, ist im Januar 1992 am Viktoria-Luise-Platz in Schöneberg das Autotelefon gestohlen worden. Und auch Innensenator Heckelmann blieb nicht verschont: Aus seinem Dienstwagen entwendeten Unbekannte vor etwa zwei Jahren in Zehlendorf ein Bedienteil seines Autotelefons.

Volksuni

Die Broschürengruppe

Über kommunistische Männer, die RAF und die triple-oppression-Theorie

Montag, 23.5., 15.00 - 17.00 Uhr, Raum S 205

Peter Nowak, Journalist, Berlin

Wir sind eine Gruppe von kommunistischen Männern, die voraussichtlich im GNN-Verlag eine Broschüre herausgeben wird, die sich mit der neueren Entwicklung der RAF befaßt. Im Unterschied zu anderen kommunistischen Gruppen ist unsere Grundlage nicht die These von der Existenz eines Hauptwiderspruchs Kapital - Arbeit, sondern die triple-oppression-Theorie, die von der Existenz von Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat als relativ unabhängigen, antagonistischen Widersprüchen ausgeht. Wir wollen den Stand unserer Debatte vorstellen und erhoffen uns eine Auseinandersetzung mit dem Publikum.

Literaturempfehlungen: Projektgruppe (Hg.): Metropolengedanken und Revolution. Texte zur Patriarchats-, Rassimus-, Internationalismusdiskussion. (insb. S. 27ff). Edition ID-Archiv, Berlin; Dietiker, M., Jansen, A., Rosenkötter, B., 1992: Das Schleifen von Messerrücken. In: konkret 11/92, S. 28ff

---

FrauenLesbenabend im CLASH, Uferstr.13, Wedding
Donnerstag, 26.5. um 21.00Uhr Video:
PANNWITZBLICK, Film über den Blick, mit dem sog. Gesunde sog. Behinderte wahrnehemen, einordnend, klassifizierend und an der 'gesunden Normalität' messend.

Hallo autonome Frauen vom Frankfurter Frauenbündnis

Wir haben mit Interesse Eure Einschätzung plus Flugi zum 8 März gelesen. Wir, revolutionäre Migrantinnen und deutsche Frauen, haben auch viele ähnliche Kritiken am 8 März so wie er gelaufen ist. Wir würden gerne mit Euch Kontakt aufnehmen, zum diskutieren, und um "weil wir ja aus Fehlern lernen", nächstes Jahr noch besser, vielleicht gemeinsam, was zu machen. Also meldet Euch. Unsere Kontaktadresse "PLK Nr 106606 C, 80074 München

Vielen Dank im Vorraus
Ayşe Gül

---

2. Mai '94: Einen schönen schlechten Morgen

Am 2. Mai, dem 'Tag der erwerbslosen Frauen' fand vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales in Wien eine von der "Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit" veranstaltete Kundgebung statt. Einige Impressionen.

Zusammenstellung: TATblatt

"Einen schönen schlechten Morgen den Schreibtischtätern!
Ihr kapitalismusfreundlichen Frauenverwerter! Seid's Ihr eh alle da, in Eurer Bunkerzentrale, und wartets auf fetten Ärschen sitzend auf Eure Pensionen – auf unsere Kosten, versteht sich?
WIR sind's – die von Euch computer-gesteuerte und -ausverkaufte in- und ausländische Reservearmee.
Und wißt Ihr, warum wir da sind?!
Richtig: Weil heute der 2. Mai ist. Das ist der Tag der erwerbslosen Frauen! ..."
(Auszug aus einem Redebeitrag)

Einige Forderungen:

Rücknahme des Beschäftigungssicherungsgesetzes

Einspruchsrecht bei Sperrungen

Keine Zwangszuweisungen, keine Zwangspsychologisierungen

Weg mit dem AusländerInnenkontingent – freier Zugang zu Arbeitsplätzen für AusländerInnen

Schluß mit den Hetzjagden gegen SchwarzarbeiterInnen – Bestrafung der Kapitalisten statt Ausweisung der ArbeiterInnen

Keine Einführung des Sozialversicherungsausweises

Erwerbsloses Basiseinkommen von öS 14 000,- pro Monat für in- und ausländische Frauen

Verdoppelung der Pensionen von Frauen

Sperrung der PolitikerInnengehälter

Weg mit Hesoun

Weg mit dem Kapital, weg mit dem Patriarchat



2. Mai, Tag der erwerbslosen Frauen: Frauen/Lesben-Kundgebung vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales in Wien.
copyright: V.A.L.I. — Vereinigte Arbeitslosen-Initiative

Kontakt: Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit, Postfach 71, 1071 Wien, Tel: 0222/40 850 57, jeden Mo. 12-16 Uhr

Stellungnahme des EA's

zum Beitrag der Roten Hilfe Berlin über die Solidaritätsbewegung mit den AntifaschistInnen in der Interim 283

Die Rote Hilfe hat deutlich gemacht, daß sie die politische Linie des UnterstützerInnen-komitees nicht mittragen will. Wir halten diese Auffassung für falsch, und meinen, daß sie über die klassische K-Gruppen-Bauchpinselei nicht hinausgeht.

I. Die Argumentation beginnt mit der Darstellung der Position des Autonomem aus Frankfurt und des Komitees auf der Soli-Veranstaltung im EX, die den Entzug der Solidarität einerseits vom Umgang mit gemachten Aussagen im Prozeß abhängig machen und andrerseits davon, ob eine offene Auseinandersetzung über dieses Verhalten stattfindet. Diese Position wird als Rückfall hinter die Ergebnisse der Diskussion um "Anna und Arthur haltens Maul" kritisiert, die, so schlußfolgert die RH - nur zu "Schönwetterzeiten" bei den Autonomen galt.

Unserer Erinnerung nach wurde die Diskussion um Aussageverweigerung während der Repressionswelle nach dem 2.11.87 in Frankfurt angeschoben, in einer Zeit also, in der die Bewegung ziemlich wenig Sonne gesehen hat (von wegen Schönwetter...) und die u.a. die kritisierte Position zum Ergebnis hatte.
Es war und ist dabei unstrittig, daß der Staat und sein Repressionsapparat böse und gemein sind und allerlei fiese Methoden anwenden, um Aussagen zu erpressen, welche sich in Handbüchern der Bullen nachlesen lassen. Unstrittig ist auch, daß das Wissen um die Methoden der Bullen hilft, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Wie mensch allerdings ein Verhör tatsächlich durchsteht und durchstehen kann, ist dort nicht zu lesen und darum ging es wesentlich in der damaligen Debatte:

"Nicht irgendwelche Schulungen und Analysen vom Staatsschutzapparat machen Verrat unmöglich, sondern es sind tatsächliche und kollektive Lebenszusammenhänge, die solche Verhaltensweisen ausschließen."
(Beitrag aus Frankfurt in "Texte zur Aussageverweigerung", Berlin West 1988)



Analoge Thesen sind auch in den Beiträgen der 'Kämpfenden Waldfeen' zu finden. Dort heißt es:
"Einen der wichtigsten Fehler sehen wir in den Strukturen der Funktionalisierung. Leute werden nicht umfassend als Persönlichkeiten wahrgenommen, sondern nach ihrer Verwertbarkeit im Widerstand fixiert. (...) Wir nennen das Machtstrukturen. Frauen tauchen dabei in der Regel lediglich als hilfreiche Unterstützerinnen auf. Unsere Denkweise unterscheidet sich oft nicht von der herrschenden Denkweise. Sie ist so patriarchal wie diese Gesellschaft.
Solange wir das nicht in Frage stellen, bleibt uns nur die Alternative zwischen Liberalismus (wie an der Startbahn) und autoritärer Struktur, bei der zumindest die Kader-Ebene ideologisch einheitlich ist und der Rest zwangsangeglichen wird.
Wenn wir sagen, wir sind für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, gegen Strukturen von Ausbeutung und Unterdrückung, dann muß das auch bedeuten, patriarchale Strukturen unter uns anzugreifen. Dann heißt das, Einbindung von Genossen/Genossinnen als ganze Person, nicht nur die taktische Verwertung einzelner Fähigkeiten, das bedeutet, Strukturen schaffen, in denen Widerstand und Alltag nicht getrennt ist, in denen wir mehr von einander wissen, als bei der nächsten Demo/Aktion unbedingt notwendig ist. Denn Radikalität heißt auch, mit den überkommenen bürgerlichen Verhaltensweisen zu brechen, unsere Umgehensweise zu hinterfragen, die eigenen Mauern und Fassaden abzureißen. Heißt mehr Offenheit und Verbindlichkeit unter uns.
(Kämpfende Waldfeen, zitiert nach dem Beitrag aus Berlin in "Texte...")

Soweit einige Positionen aus der damaligen Debatte, die wir auch heute noch <u>gut und richtig</u> finden.

Die RH empfiehlt dagegen:
"Es mag verschiedene Gründe geben, warum jemand zum Kronzeugen wird. Das spielt aber für unser Verhalten ebensowenig eine Rolle wie die Frage der moralischen Verurteilung eines solchen Tuns. Ausgehend von der Einschätzung der politischen Funktion von KronzeugInnen und den verheerenden Folgen der Aussagebereitschaft für die Linke, müssen wir unser Verhalten gegenüber Leuten, die Aussagen machen, bestimmen. Es ist für linksradikale und revolutionäre Menschen und Gruppen eine Überlebensfrage, die Linie der konsequenten Aussageverweigerung politisch und praktisch durchzusetzen. Wenn wir nicht bei einer verschärften Unterdrückung untergehen wollen, müssen wir uns von den Menschen trennen, die dies nicht klar haben.

Wir halten diese Position für autoritär und repressiv. Es wird nicht nach Gründen gefragt und damit auch jede selbstkritische Hinterfragung eigner alltäglicher, politischer Praxis elegant umgangen; statt dessen: Linie durchsetzen! Wer's nicht klar hat? - und tschüß!
Um Mißverständnisse zu vermeiden: Natürlich ist es richtig die Aussage zu verweigern; natürlich werden erpreßte Aussagen auch dazu benutzt, Leute für Jahre in den Knast zu bringen; natürlich ist es schwerwiegend, wenn Menschen aufgrund von Aussagen anderer einfahren oder in die Illegalität verschwinden müssen. In der konkreten Situation des Verhörs geht es aber nicht nur darum, dies einfach "klar zu haben", sondern auch die Kraft zu haben, massiven Einschüchterungen und Drohungen der Bullen standzuhalten. Diese Kraft hängt wesentlich sowohl von unseren "tatsächlichen, kollektiven Lebenszusammenhängen" als auch von unseren konkreten Utopien und den damit verbundenen Hoffnungen ab. Die RH setzt den Keulen der Bullen lediglich die Keule der Entsolidarisierung entgegen, eine Haltung, die zu unser Vorstellung von kollektiven, solidarischen Lebenszusammenhängen in einem deutlichen Widerspruch steht.



Die **Grenze der Solidarität** mit Leuten, die mit ihren Aussagen andere belasten, bestimmt sich daran, ob diese zu einer Auseinandersetzung um ihr Verhalten bereit sind, und ihr Verhalten insoweit verändern werden, daß daraus deutlich wird, daß es ihnen nicht nur darum geht, den eigenen Kopf möglichst billig aus der Schlinge zu ziehen, sondern auch die Folgen für ihre GenossInnen mit einzubeziehen. Die Rücknahme der gemachten Aussagen ist dafür ein kleiner notwendiger Schritt. Unter diesen Voraussetzungen verhalten wir uns also solidarisch zu Leuten, die Aussagen gemacht haben.

II. Diese Haltung der RH setzt sich im II. Punkt konsequent fort. Es wird geschlußfolgert:
"Jetzt kann nicht der Moment sein, um inhaltliche Unterschiede in den Vordergrund zu rücken." und *"Natürlich ist es notwendig, daß der antifaschistische Widerstand seine Strategie diskutiert. Diese Debatte hat aber in der Solidaritätsbewegung nichts zu suchen!"*

Die hier vertretene Auffassung zur Solidaritätsarbeit kommt uns einigermaßen bekannt vor: im Zusammenhang mit Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF war es auch immer nicht die richtige Zeit, inhaltlich über eine politische Strategie der Gefangenenbewegung zu diskutieren und wer es trotzdem tat, wurde als unsolidarisch gebrandmarkt.
Solidarität heißt im RH-Kontext, den Arsch in Bewegung zu setzen und Unterstützungsaktionen zu machen und - bitte schön - keine lästigen Fragen zu stellen, oder wie sollen wir das verstehen?
Für uns ist es jedenfalls so, daß inhaltliche Debatten eigentlich nie verkehrt und integraler Bestandteil einer Solidaritätsarbeit sind, soll diese nicht im Gejammer über die gemeine Repression versanden. Die Solidaritätskampagne zu Inrgid Strobl und Ulla Penselin hat gezeigt, daß ein Angriff des Repressionsapparates gerade über das Aufgreifen der Inhalte offensiv gewendet werden kann. Dies hatte auch damit zu tun, daß die Aktionen der Roten Zora eine breite Sympathie in der Linken genossen, was im Falle der Kaindl-Aktion deutlich anders ist. Hier sehen wir daher eher eine Parallele zu den Schüssen an der Startbahn, die von vielen Linken nicht mitgetragen wurden. Es war relativ schnell klar, daß es deshalb nicht möglich ist, darüber politisch offensiv zu werden. Diese Debatte hat unserer Meinung nach auch in der Solidaritätsbewegung stattzufinden, weil von einer Einschätzung und Bewertung der Aktion auch die möglichen Richtungen der Öffentlichkeitsarbeit abhängen.

Früher wurde es auch als Ausdruck praktischer Solidarität gesehen, die Gefangenen der Bewegung in politische Debatten miteinzubeziehen, was für uns die Kritik der Positionen der Gefangenen einschließt.
Wir finden es auch legitim, unser Engagement in einer Solidaritätskampagne davon abhängig zu machen, inwieweit wir die propagierten Inhalte politisch richtig finden. Es wäre ja auch absurd etwas zu unterstützen, was wir für falsch halten. Da es zu der Kaindl-Aktion Widersprüche in der Linken gibt, ist es auch wichtig und richtig, diese auf einer Solidaritätsveranstaltung zu debattieren.

Die RH geht allerdings noch weiter:
"Viele feministische Antifaschistinnen hätten Schwierigkeiten mit dem Mackerverhalten, wurde bezüglich eines inhaftierten Genossen gesagt. Sinngemäß wurde dieser Vorwurf ein zweites Mal gegen die Gruppe Antifastist Genclik erhoben. Diese Aussage ist ein politischer Skandal, weil damit praktisch die Entsolidarisierung betrieben wird."

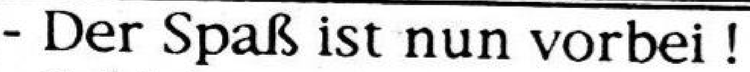
Ja, das finden wir auch, daß die Feministinnen uns seit über 20 Jahren mit diesem blöden Nebenwiderspruch nerven! Es ist in der Tat ein politischer Skandal, daß die Frauen immer noch nicht kapiert haben, daß wir darüber erst nach der Revolution debattieren wollen, und wenn sie das nicht einsehen wollen, dann sollen sie wenigstens den Mund halten, wenn sich die Männer nicht dazu äußern können und/oder wollen, weil das, das ist ja so nun echt voll unsolidarisch!
An diesem Punkt verweisen wir auf das obige Zitat der Kämpfenden Waldfeen und stellen fest, daß die Haltung der RH die Entwicklung einer kritischen Solidarität und tatsächlich solidarischer und kollektiver Lebenszusammenhänge blockiert. Genau diese müssen wir aber entwickeln, wenn wir uns mit den herrschenden Verhältnissen nicht abfinden wollen.

Mai 1994
Ermittlungsausschuß im Mehringhof

Verteidigt die Geldbeutel der MatrosInnen des 1. autonomen Treetbootgeschwaders "Max Reichpietsch" auf dem Wannsee!

Damals: Es war ein lauschiger Tag im Monat Mai im Jahre 1993 Da wollte doch tatsächlich der alte Bankrotteur Willi Daume aus München seine Geburtstagsparty ausgerechnet in dieser schönen Stadt für Olympia am kleinen Wannsee feiern. Und das auch noch gemeinsam mit dem Diebgen und dem damaligen Bundesinnenverbrecher Seiters. Dabei war doch letzterer gerade einmal ein halbes Jahr zuvor damit beschäftigt den Nazis von Rostock die Brandflaschen heiß zu reden. Überhaupt: Was hatte so ein bundesweit bekannter rassistischer Idiot eigentlich in Berlin zu suchen ?
Auf jeden Fall war klar, daß sich soviel konzentrierte Pro-Olympische Dummheit auf einem Haufen ein paar findige Nolympionikinnen natürlich nicht gefallen lassen konnten. Sie waren zwar nicht von Willy, die Pflaume , eingeladen, kamen aber trotzdem. Vorbei an hunderten von sowohl schmierig als auch sinnlos in der Gegend herumlungernden Zivis stellten sie einfach das erste autonome Treetbootgeschwader "Max Reichpiesch" auf und nahmen Kurs auf jene überflüssige Party an einem schönen Ufergelände des kleinen Wannsees. Dort angekommen, manövrierten sie zunächst zwei mächtige Fregatten der Wasserschutzpolizei aus. Danach informierten die MatrosInnen des autonomen Treetbootgeschwaders mit Hilfe von Transparenten, Knallkörpern (gemäß der Sprengstoffverordnung Klasse II) sowie einem Megaphon die ungläubig am Uferrand staunenden Partygäste darüber, daß viele in Berlin von Willy Pflaume denken würden, daß dieser ein dummes Arschloch sei. Als Lösung der gesamten Problematik boten unsere MatrosInnen allen Beteiligten die sofortige Umwandlung der Willy Pflaume Geburtstags- in dessen Beerdigungsfeier sowie ein "7,8,9, Knock out Olympia" an. Alles andere wäre ja auch völlig unvernünftig gewesen.
Nach diesem sowohl inhaltlichen als auch praktisch erfolgreichen Vorstoß zog sich das autonome Treetbootgeschwader wieder in seinem Heimathafen zurück. Leider wurde ihm seitens der Staatsmacht bereits damals keinerlei Legitimität zugebilligt. Die Bullen zeigten sich mal wieder als schlechte Verlierer, was zunächst zu Personalienfeststellungen, ED- Mißhandlungen und sogar einer Hausdurchsuchung wg. Diebstahls einer Olympiafahne führte. Die danach eingeleitete Ermittlungen wegen einer Straftat "Eingriff in den Schiffsverkehr" verliefen bislang auf einer Sandbank. Nichts desto trotz sollten ein paar einfache MatrosInnen des autonomen Treetbootgeschwaders ihre legitime Protestaktion mit der Zahlung eines Bußgeldes für das Werfen von ein paar Knallern im Wert von 80 Maak büßen. Was für eine Sauerei!. Lediglich ein einfacher Treetbootmaat konnte es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren jene 80 Maak für etwas zu bezahlen, was er zu seinem großen Bedauern einfach nicht getan hatte. .Schon peinlich genug für ihn, das er es während der gesamten Aktion lediglich beim Reden belassen hatte, wollte er nun nicht auch noch die Lüge mit jenen 80 Maak alimentieren. Und überhaupt dachte er sich: "Meene Meenungsfreiheit laß` icke mir doch nicht abkoofen, so jeht et aba nich, ehj!" Er zahlte also die 80 Maak nicht und legte flugs einen Widerspruch ein. Er tat also das was das Gesetz vorsieht, hielt sich damit an die Spielregeln und genau das droht unserem einfachen Treetbootmaat nun zum Verhängnis zu werden.
Seit bislang drei langen Verhandlungstagen müht sich nun Amtsrichterin Görlitz - was für ein bedrohlicher Name ! - den Nachweis zu führen , daß es sich bei unserem Treetbootmaat um einen gewissenlosen Sprengstoff der Klasse II-Knallkörper-Werfer handelt. Und obwohl unser Treetbootmaat nicht Arthur heißt, hat der wiederherum bisher das Maul gehalten. Ansonsten hat er sich sehr darüber gefreut, daß die aussagenden Wasserbullen in ihren Aussagen bislang ihrer Gattung wirklich alle Ehre gemacht haben. Keiner wußte nix genaues mehr, nur hin und wieder wollen sie es irgendwie geknallt gehört haben, wußten sie zu berichten. Nach dem nun dritten Verhandlungstag ging`s olle Amtsrichterin Görlitz nun wirklich nicht mehr so gut. Aber anstatt einfach freizusprechen wies sie doch stattdessen unserem armen Treetbootmaat darauf hin daß er ja auch wegen einer "Beteiligung an einer Ordnungswidrigkeit" verurteilt werden könnte. Pardauz, was ist das für eine Gemeinheit: Nachdem ein Wasserbulle nach dem anderen vor die Hunde gegangen ist und alle nur noch stammeln, daß sie mal irgendwann mal ein paar Knaller gehört haben könnten, soll doch unser armer Treetbootmaat in Sippenhaft weggeurtelt werden. Geht`s so nicht, dann eben anders rum. Das die Moabiter Justiz nun wirklich doof ist, ist nun wirklich ein alter Hut Das diese Tatsache aber nun von Amtrichterin Görlitz auch noch überboten wird hätte man aber nun doch nicht gedacht.
Nicht genug damit, daß unser Teetbootmaat vor seinen Genossen nun wirklich bestraft genug dafür ist, daß er die Knaller nicht geworfen hat, jetzt soll er auch noch dafür - auf Teufel komm raus verurteilt werden. Das ist nicht nur ungerecht sondern auch eine dicke Schweinerei. Das werden wir nicht unkommentiert hinnehmen.

P.S. : Es gibt nächste Woche noch genauere Infos !





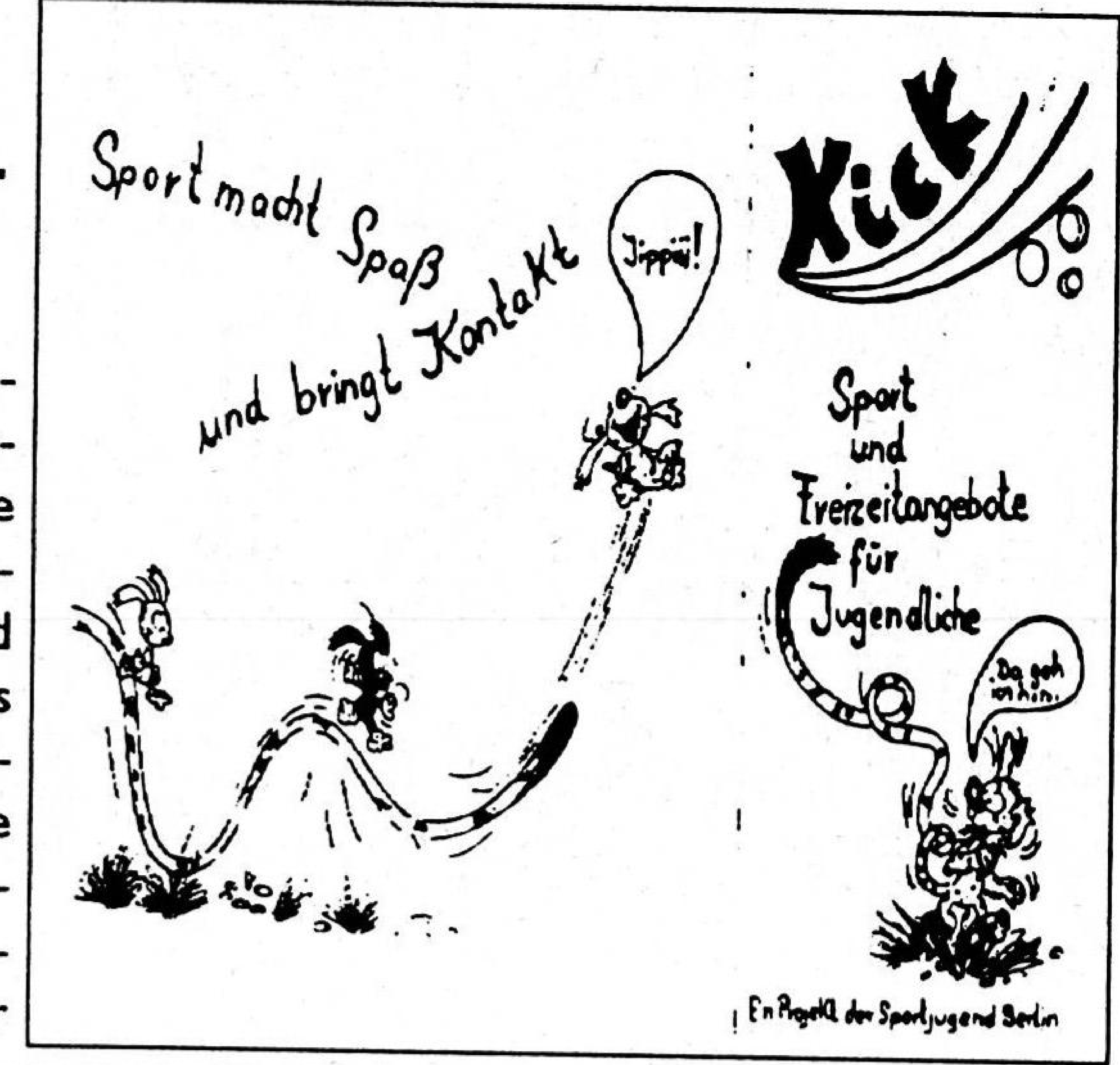


- Der Spaß ist nun vorbei !
- Schicken wir Amtrichterin Görlitz dahin, wie sie heißt !
- Zeigen wir gemeinsam, was wir von der Moabiter Justiz halten !
- Beteiligt euch massenhaft am Donnerstag, den 26 Mai, irgendwann Vormittags an den Protestaktionen gegen die Moabiter Klassenjustiz in der Kirchstr. 6 - Amtsgericht !

- Und darüber hinaus gilt ganz selbstverständlich: Freiheit für alle gefangenen Antifas !

Initiative Freiheit, Glück und unkontrollierte Treetbootorganisierung

KICK
BULLENSPITZELPROJEKT



Nach dem 1. Mai 1989 versuchte die "Gewalttäter- und Störeranalyse-AG" beim PolPräs SchülerInnen der 5. Hauptschule in der Reichenberger Str. zu bespitzeln. Dazu holte sie die SchülerInnen aus dem Unterricht und lud sie zur Pizza ein. Der Krümelladen informierte damals mit Spuckis und Stellwänden darüber und warnte "Peter und Ayse haltens Maul". Als Figur auf dem Infomaterial benutzte der Krümelladen eine bekannte Comicsfigur. Diesselbe Figur ziert heute Werbeblätter des KICK, das damit Jugendliche in den Lokschuppen im Görlitzer Park lockt. Bezahlt aus dem Programm "Jugend mit Zukunft" arbeitet dieses Projekt auf der Linie, die vom sozialwissenschaftlichen Dienst der Berliner Polizei ausgearbeitet wurde, um "politisch motivierter Gewalt vorzubeugen". Alle Polizeidienststellen haben die Auflage, Jugendliche die sie verhören, dem KICK zur weiteren Beobachtung zuzuführen. Der sozialwissenschaftliche Dienst zieht schon seit Monaten durch die Kreuzberger Schulen und fordert LehrerInnen auf, bei SchülerInnen, die "gefährdet" erscheinen, für KICK Werbung zu machen. Um die Jugendlichen von KICK abhängig zu machen, vermittelt KICK Sportvereine und bezahlt die Mitgliedsbeiträge der Jugendlichen in diesen Vereinen. Jährlich werden für KICK 600.000 DM ausgegeben. Ein weiteres KICK-Projekt gibt es im Prenzelberg und eins in Marzahn.



Hallo ErlangerInnen!!!

Wir haben uns erlaubt unsere blinde Zerstörungswut an Eurem E-Werk auszutoben.

Dort sollte nämlich am folgenden 10.5.94 ein Theaterstück nach Charles Bukowski aufgeführt werden. Da dies zum Himmel stinkt haben wir zur Vorbereitung der Vorstellung den Veranstaltungsraum gut gelüftet, farblich aufbereitet und außen mit Werbetexten von uns versehen.

Bukowski ist bekannt dafür, frauenverachtende Schmierereien zum Schlechtesten gegeben zu haben. Auch wenn dieses Stück etwas harmloser sein mag, ändert das nichts an der Person, die dahintersteht.

Wer ein Stück von Bukowski aufführt oder aufführen läßt (oder aufgeführte sich beschafft und in Umlauf bringt) kritisiert den Rest nicht !!!

Sexismus ist alltäglich: Frauen werden diskriminiert, sexuell belästigt, vergewaltigt, haben eine beschissene Situation auf dem Arbeitsmarkt und in der guten deutschen Familie.

Die Theorie zu dem Verhalten vieler Männer liefern Schmierblätter von "Praline" bis zum Hardcoreporno. Aber nicht nur die "Arsch- und Tittenpresse" degradiert Frauen zu den-Männern-zur-Verfügung-stehenden "Sexmaschinen" (ein Titel von Bukowski) sondern auch die Werbung und Zeitungen von "Bild" bis "Spiegel" festigen dieses Frauenbild in den Köpfen von frühester Jugend an.

Bei der Darstellung eines solchen Frauenbildes, auch in der Literatur oder auf der Bühne, hört die Kunstfreiheit auf !

Um solchen Veranstaltungen den Raum in alternativen "Kunst- und Kulturzentren" zu nehmen haben wir beschlossen ihnen den Raum zu nehmen (bzw. umzugestalten).

Ein paar Literaturbanausen

P.S.: Antipatriarchale Grüße an die aufführende Theatergruppe Stromboli -überlegt euch das näxte Mal besser, was ihr machen wollt. (Wie wärs mit Berti Bracht oder Kurti Tucholskie)

Erwin-Rommel-Straße: Straßenschilder entfernt

"Wir haben (Mitte März, d. red.) die Namensschilder der Erwin-Rommel-Straße in Erlangen entfernt und zerstückelt in einem Schließfach deponiert. Der Schlüssel zu selbigem wurde dem OB Hahlweg höchstpersönlich zugeschickt. Viel Spaß beim Öffnen

Wir wollen damit daran erinnern, daß Erwin Rommel kein hochzulobender Widerstandskämpfer war, wie auf dem Straßenschild-Anhängsel behauptet, sondern ein brutaler, nationalistischer, faschistischer und patriarchaler Kriegsführer.

Er war überzeugter Faschist, persönlicher Vertrauter Hitlers und führte eine militaristischen, patriarchalen Werten sehr extrem entsprechende Form von Krieg, was ihm eine Stellung als "Volksheld" - nicht nur im 3. Reich - einbrachte. Bereits 1914-18 bekam er höchste militärische Auszeichnungen, war nach Kriegsende - in der Weimarer Republik - Nazisturmtruppführer, ab 1933 Ausbildungsoffizier der SA, Kommandant von Hitlers persönlichem Hauptquartier und parteiisch bei der faschistischen Machtergreifung in Spanien ... Seine faschistische Überzeugung drückte er 1944, als er den Weltkrieg praktisch schon verloren sah, z.B. in dem Ruf nach einer "christlichen Front gegen die Kommunisten" (zusammen mit den Alliierten) aus. Ähnlich auch der taktische Vorschlag an Hitler: "Wenn wir die Atombombe hätten, sollten wir weiterkämpfen."

The burning spear of anti-racism

Text: ANTIRASSISMUS-BÜRO

Ist Antirassismus modern oder gar schon wieder abgegessen, ist er Ablaßritual zur Erleichterung angefetteter Wohlstandsgewissen oder eine moralische Pflicht, ein soziales Kampfverhältnis oder Wegweiser in eine herrschaftsfreie Gesellschaft?

Nach über drei Jahren antirassistischer Arbeit versuchen wir einen überfälligen Rückblick. Im Eifer der Auseinandersetzungen und durch die enorme Rasanz des rechten Durchmarsches kamen Vermittlung und Reflexion oft zu kurz.

Zeitgleich mit der Gründung anderer Gruppen hatte das ARAB (Antirassismus-Büro) im Frühjahr 1991 mit dem Anspruch begonnen, der rassistischen Formierung der Gesellschaft entgegenzutreten. Auslöser waren das neue Ausländergesetz und die befürchtete Massenabschiebung von 300 000 geduldeten Flüchtlingen einerseits, sowie die Leerstellen antifaschistischer und internationalistischer Politik andererseits. Die arbeitete sich entweder an Deutschen ab, den Nazis, oder hatte vorwiegend Menschen in weltfernen Gegenden im Auge. Weder Flüchtlinge, noch Rassismus waren bis dahin ein gesellschaftliches Thema. Doch seither wurde jeder Verschärfung von oben eine Kampagne von unten entgegengestellt: gegen das ›Überflutungs-Konstrukt‹ und die Massenabschiebungen, gegen polizeilichen Abschreckungsterror und gegen die Sammellager. Unsere Aktionen und Kampagnen trugen die Konflikte vor die Türen der Verantwortlichen, nicht Puffer, sondern Parteinahme und Unterstützung im rassistischen Konflikt soll unsere Arbeit sein. Daneben war und ist viel Beratungs- und Solidaritätsarbeit nötig. Mit der Gegeninformation, mit Aufklärung und politischen Konzerten versuchen wir, den rechten Durchmarsch aufzuhalten.

Revolution der Barfüßigen[1]

Nach 150 Jahren Kapitalismus sieht die Erde wahrlich aus wie ein Schlachtfeld, ökologisch verwüstet, ökonomisch ausgeblutet, durch Kriege zerstört, psychisch verwahrlost. Rassistische Politik teilte sie in eine weiße und eine schwarze Welt, letztere wird durch Schuldenfalle und Waffenexporte immer weiter an den Rand der Existenz gedrückt, für ⅔ der Menschheit bleibt nicht mehr als Elend. Rund 500 Millionen Menschen sind Weltweit auf der Flucht vor Hoffnungslosigkeit, Armut, Hunger, Verfolgung oder Tod. Acht Prozent der Weltbevölkerung sind MigrantInnen, es handelt sich also keineswegs um eine ›Randgruppe‹. Rund fünf Millionen von ihnen, Flüchtlinge und AussiedlerInnen, nur die Spitze des Eisberges, sind in den vergangenen fünf Jahren in die Bundesrepublik eingereist. Zwei Millionen sind noch da, die Mehrheit wurde durch eine Serie infamer Gesetze zur Weiterreise gezwungen, neben den Dauerarbeitslosen hat dieses Land nun auch Dauerflüchtlinge hervorgebracht. Sie alle stellen eine gigantische soziale Bewegung dar. Keineswegs handelt es sich dabei nur um Opfer, jede/r einzelne von ihnen ist ein Symbol für den Anspruch auf ein Existenzrecht, jede/r, der oder die hier ankommt, fordert darüber hinaus Wiedergutmachung durch Teilhabe an dem in aller Welt zusammengeraubten westlichen Wohlstand. Diese Migrationsbewegung unterläuft alle Versuche der Herrschenden, die Erde in Metropolen und Drittländer, Rohstofflieferanten und Waffenmärkte, Hungerregionen und Sterbezonen aufzuteilen, jene, die hierher gelangen, haben die Abschottung Europas erfolgreich aufgebrochen. Mit den Flüchtlingen kommt ein Teil der weltweiten Konfliktualität zu uns, und das ist gut so.

Vom Sozial- zum Leistungsstaat

In den vergangenen fünf Jahren mußten wir gesellschaftliche Umbrüche über uns ergehen lassen, gegen die Reagans gesammelte Alpträume wie Schäume wirkten. 1989 feierten die Nationalisten die Wiedergeburt Großdeutschlands, ein Jahr später knallten im NATO-Hauptquartier die Sektkorken zum Sieg im Hochrüstungswettlauf gegen den Warschauer Pakt und zwölf Monate später im Golfkrieg verkündet US-Präsident Bush den Beginn einer ›Neuen Ordnung‹. Finanzminister Waigel kündigte jüngst den Wechsel vom Verteilungs- zum Leistungsstaat an. Nun, da die Demokratie nicht länger ihr Gesicht im moralischen Wettstreit mit dem Kommunismus wahren muß, fällt die Maske. Frauenrechte fallen der neuen Familienpolitik zum Opfer, Friedenspolitik wird durch einen neuen Expansionismus abgelöst, aus dem Arbeitsmarkt werden die Überschüssigen herausgeschleudert und der Wohlfahrtsstaat zur Armutsverwaltung umgebaut. Vor diesem Hintergrund hatten wir die Bedeutung des Rassismus viel zu eng ausgelegt und nicht verstanden, wie sehr dessen Denkmuster alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen, aber die jüngsten Vorgänge haben uns eines Besseren belehrt. Heute können wir feststellen: der Debatte um den Asylmißbrauch folgte die Kampagne gegen den Sozialmißbrauch, der ›Flüchtlingsflut‹ folgt der ›Altersberg‹, der Flüchtlingssozialhilfe folgte die allgemeine Sozialhilfekürzung, dem Zählappell von Flüchtlingen folgt die Überprüfung aller SozialhilfeempfängerInnen, den Sondergesetzen gegen Flüchtlinge folgen die Sicherheitsgesetze, der Verdrängung von Flüchtlingen aus dem Straßenbild folgt die der Obdachlosen. Der Ausgrenzung der ›Fremden‹ folgt die Ausgrenzung der ›sozial Schwachen‹, dem Haß auf die Ausländer folgt die Verachtung der Kranken.

So hat sich von den Rändern her eine rassistische Formierung in die gesamte Gesellschaft hineingefressen und grenzt immer neue Gruppen aus. Die Asyldebatte erscheint im Rückblick als Einfallstor für einen umfassenden Rechtsruck, an dessen Ende die Neuordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse steht. Das Charakteristikum dieser Vorgänge ist nicht mehr allein der ›Ausländerhaß‹, sondern mit Leistungsrassismus besser beschrieben. Denn im Kern handelt es sich um die Ausgrenzung Schwacher.

Gegen das Vergessen

Auch wenn wir bisher viel von den antirassistischen schwarzen Kämpfen in England gelernt haben, so muß doch jede deutsche Initiative vom Antisemitismus ausgehen. Auschwitz - die Verkoppelung von Modernisierung und Vernichtung, die Verknüpfung von Ökonomie und Bevölkerungspolitik - bleiben unsere moralischen und politischen Bezugspunkte. Um die Dramatik und die Tragweite der aktuellen Prozesse zu begreifen, dürfen wir uns nicht länger scheuen, die Geschichte zu Rate zu ziehen. Die neuesten Ergebnisse der Antisemitismus-Forschung, sowie die aktuellen Rezeptionen von Hannah Arendts Totalitarismus-Theorie machen eines deutlich: zwischen den historischen Wurzeln des Nationalsozialismus und den Voraussetzungen der aktuellen Weltflüchtlingspolitik bestehen Ähnlichkeiten. Vor allem Roma-Flüchtlinge sind es, die als Betroffene selbst Zusammenhänge zwischen den Massendeportationen der 40er Jahre und der Massenabschiebung der 90er Jahre sehen. Deshalb müssen fünf Elemente in die Diskussion um die derzeitigen Vorgänge einfließen, um deren Bedeutung zu erfassen.

1. Alle sozialstatistischen Daten über Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Leistungsbezug gleichen denen der Brüning-Diktatur 1932.[2] ›Die meisten Bruchstücke der Bonner Kürzungspläne finden sich schon in der Notverordnung Brünings wieder‹,[3] in beiden Fällen spiegeln sie Ausgrenzungspraktiken gegenüber ›überflüssigen‹, ›nichtverwertbaren‹ und ›unbrauchbaren‹ Menschen wieder.

2. Alle Daten der Ausländer- und Flüchtlingsstatistik übersteigen sogar noch die Zahlen aus den 30er Jahren.[4] Das ›Judenproblem‹ wurde im ›Reichsgebiet‹ mit 250 000 Menschen beziffert, das Flüchtlingsproblem heute mit einer Million, ›Heim ins Reich‹ kehrten 435 000 Menschen, Aussiedler kamen anderthalb Millionen.

3. Faschismus wird heute als Reaktion auf die Migrationsbewegungen der 20er Jahre und die Modernisierungshemmnisse in Osteuropa entschlüsselt. ›Die Juden jener Zeit waren Flüchtlinge par excellence‹.[5]

4. Hannah Arendt hatte eindrucksvoll gezeigt, wie sich ein zunächst selektiver Polizeistaat, der nur Minderheiten trifft, und eine ebenso selektive Sozialpolitik, die zunächst nur Randgruppen bedroht, auf immer weitere Teile der Gesellschaft ausdehnte, sich dabei der verbreiteten Ressentiments des Antikommunismus und Antisemitismus bediente, um eine umfassende Neuordnung der Gesellschaft vorzunehmen.[6]

5. Aus der Ökologie-Debatte haben wir gelernt, daß die Natur der Vernutzung und Verwertung von Rohstoffen zum Opfer fällt. Der kapitalistischen Ökonomie wohnt die Vernichtung inne und macht auch vor menschlichem Leben nicht halt. Krisen und Kriege sind uns als Durchgangsstadien zu neuen Ausbeutungsverhältnissen bekannt, und nicht selten nährt sich sozialer Wandel aus dem Blut der Opfer.[7]

Daraus folgt nicht die Annahme, Geschichte würde sich wiederholen, das tut sie nicht, aber diese Phänomene sollten uns empfindsam machen. Denn einzelne Elemente vorheriger Ären erleben heute bereits eine Renaissance. Auf der Erscheinungsebene fiel bereits Volker Rühe unangenehm auf, wie er in die Fußstapfen Rommels trat, auch Olympia 2000 sollte erneut das Bild vom häßlichen Deutschen übertünchen, unverhohlen wurden in Peenemünde technologische Errungenschaften der Nazis gefeiert, die Abschiebungen von Roma mit faschistischer Volkskunde begründet, ostdeutsche Rechtsradikale über deren Rekrutierung für den BGS verstaatlicht, während über allem ein zweites Mal die DM zur Leitwährung im europäischen Großraum aufstieg und die Europäische Zentralbank im Gebäude des NS-Multis IG-Farben residieren soll. Was bleibt, ist die bange Frage, wie diesmal die Lösungen der Probleme aussehen werden.

Von Niederlagen und Eigentoren

Zunächst muß man einräumen, daß die gesamte Antirassismus- und Flüchtlingsbewegung nur Niederlagen einzustecken hatte, weder das Ausländergesetz, noch das Asylverfahrensgesetz, weder die § 16 GG-Änderung, noch das Asylbewerberleistungsgesetz waren aufzuhalten. Seit 1993 werden 300 000 Flüchtlinge in Lagern und Sammelunterkünften gehalten, das Deutsch-Rumänische Abkommen hat 136 000 Roma zur Deportation freigegeben, 21 000 Asylbewerber wurden abgeschoben und ein Vielfaches mehr hinausgeekelt. Derweil schoß die Lichterkettenbewegung komplett am Ziel vorbei, weil sie nur die rechte Gewalt, nicht jedoch die rassistischen Gesetze und die Brandstifter-Politik thematisierte. Nun, obwohl die faschistischen Angriffe weitergehen, ist sie wieder von der Bildfläche verschwunden. Etliche der Grenzen in der Flüchtlingsarbeit sind jedoch hausgemacht. So mußten wir erleben, daß sich Flüchtlingsarbeit immer mehr abgekoppelt hat von allgemeinen sozialen Prozessen. Es geht ganz schnell, daß man sich in der Vielzahl von rassistischen Fiesigkeiten verstrickt und eine Sisyphusarbeit losgeht, wo einem immer neue Steine des Rassismus entgegenrollen. Dabei verliert man sehr schnell den Blick aufs Ganze und begeht denselben Fehler, wie schon so viele Solidaritäts- und Einpunkt-Bewegungen zuvor. Man widmet sich im schlechtesten sozialpädagogischen Sinne einer ›Klientel‹, setzt sich von den Problemen anderer sozialer Gruppen ab und läuft Gefahr, den ganzen Prozeß der Stigmatisierung, Segregation und des Differenzialismus auch noch voranzutreiben. Schlußendlich gibt es eine Mitverantwortung linker Politik an Ethnizität und Separatismus. Noch schlimmer ist es um das Konzept der ›multi-kulturellen Gesellschaft‹ bestellt, dessen Nähe zum Ethno-Pluralismus und den Ideologien der Differenz der Neuen Rechten gleichermaßen katastrophal wie beängstigend ist. Das ›Fremde‹, die ›Anderen‹, die ›Flüchtlinge‹, oder ›Wir‹, ›Weiße‹ sind nicht mehr als soziale Konstrukte, Zuschreibungen und Stigmatisierungen, die den Blick auf einen menschenrechtlichen und existentiellen Universalismus, die Gleichheit im Anspruch auf menschliche Grundrechte verstellt.

Und die Moral von der Geschicht'?

Flüchtlinge stellen in der Tat eine ungeheure Herausforderung für die westliche Welt dar, für die Regierungen ebenso, wie für jede/n einzelne/n. Sie stellen die Verteilung des Wohlstandes in Frage, sie fordern die Privilegien jeder/s Weißen heraus, sie erwarten soziale Garantien vom Sozialstaat und fordern Solidarität ein. Sie tragen den Konflikt der globalen Verteilungskämpfe vor unsere Haustür. Neben dieser politischen Dimension bleibt es am Ende eine Frage der Moral, unsere Kenntnisse und Privilegien Vertriebenen zur Verfügung zu stellen. Das ist niemals nur Sozialarbeit, der aus einer politischen Perspektive immer vorgeworfen wird, ehrenamtlicher Lückenfüller staatlicher Untätigkeit zu sein, sondern schlicht ein Prinzip von Solidarität und gegenseitiger Hilfe.

Antirassismus muß ein historisches Bewußtsein entwickeln und darf nicht länger so tun, als seien die Probleme und Gefahren jeweils einmalig. Ebenso muß er eine globale Perspektive entwickeln, darf sich nicht auf die nationalen Erscheinungsformen beschränken und jene wenigen Glücklichen betreuen, die den Weg bis hierher geschafft haben. Darüber hinaus muß Antirassismus die Zusammenhänge zwischen ökologischer Zerstörung, Völkermord, kapitalistischen Rationalisierungsprozessen und Migrationsbewegungen im Auge haben.

Die antifaschistische und die antirassistische Bewegung liefen bisher weitgehend nebeneinander her und haben sich wechselseitig der Zweitrangigkeit bezichtigt, das war eine politische Dummheit. Denn tatsächlich sind Faschismus und Rassismus zwei Seiten derselben Medaille, nämlich die Abwehr von Migrationsbewegungen und die Neuordnung von Gesellschaft. Während sich Faschismus auf der politischen Bühne abspielt, ist der Rassismus das soziales Gesicht im Verteilungskampf.

Antirassismus ist deshalb eine Bezugnahme auf eine bedeutende soziale Bewegung.

Antirassismus formuliert einen universellen Gleichheitsanspruch und Antirassismus ist derzeit die Speerspitze im Kampf um ein allgemeines Existenzrecht aller.

1 Club of Rome, 1986
2 Roth, K.H., Die neue Proletarität, Hamburg 1993
3 Frankfurter Rundschau, 23.6.93
4 vergl.: Heim, S., Aly, G., Die Vordenker der Vernichtung, Hamburg 1991 und die Angaben des Statistischen Bundesamtes
5 Jungfer, E., Migration und Rassismus, Frankfurt 1993
6 Arendt, H., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955
7 Strobel, I., Strange Fruit, Berlin 1991

Ingrid Strobl

Das Feld des Vergessens

Jüdischer Widerstand und deutsche »Vergangenheitsbewältigung«

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Inhalt:

Das unbegriffene Erbe

Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken

Vorbemerkung: Ich habe diesen Text in der dritten Person verfaßt, ich schreibe von »den deutschen Linken«, »einem Großteil der deutschen Linken«, etc. Ich hätte diesen Text ebenso in der ersten Person verfassen können, da ein Teil des hier Kritisierten auch auf mich selbst zutrifft, das heißt, auf die Politik, die ich vor Jahren einmal vertreten habe. Ich habe mich trotzdem für die »unpersönliche« Variante entschieden, da, wie gesagt, nur ein Teil und nicht alles auf meine damalige Haltung zutrifft, vor allem aber weil durch die Form der ersten Person das hier Gesagte allzu leicht als meine rein persönliche Angelegenheit mißverstanden werden könnte. Damit würde aber übersehen, daß es sich bei dem Gesagten tatsächlich um ein weitverbreitetes Phänomen handelt, das einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Linken betraf oder noch immer betrifft.

»Ehrung für Judenretter«. Diese Überschrift krönte Anfang 1994 eine kurze Meldung in der links-alternativen Berliner Tageszeitung. Es gibt im antisemitischen Sprachgebrauch die »Judenschule«, in der es »bekanntlich« laut und disziplinlos zugeht, es gibt den »Judenknecht«, das ist ein Christ – oder »Arier«, je nach Epoche – der »dem Juden dient«. Es gibt das »Judenliebchen«, das ist eine Christin – oder »Arierin« – die »es mit Juden treibt«. Es gibt die »Judensau«, damit ist »der Jude« selbst gemeint. Und jetzt gibt es auch noch den »Judenretter«. Die Verbindung des Wortes Juden- mit einem anderen Wort ist eine Begriffskombination, die von Nichtjuden in antisemitischer Absicht kreiert wurde und stets pejorativ verwendet wird. So bekommt die Wortschöpfung »Judenretter«, egal wie positiv sie möglicherweise gemeint ist, eine negative Bedeutung. In der Meldung selbst heißt es dann, die Ehrung »Gerechter der Völker« werde »von Israel an Ausländer« verliehen. Die Auszeichnung wird aber nicht an »Ausländer« verliehen, sondern an Nichtjuden, die Juden geholfen haben. Es ist schwer zu entscheiden, ob es sich in diesem konkreten Fall um Nichtwissen und Schlamperei handelt oder um Antisemitismus. Fest steht aber, daß der Antisemitismus von deutschen Linken auch auf Nichtwissen und Schlamperei beruht.
Es gibt zum Antisemitismus deutscher Linker, zu dem Verhältnis, das deutsche Linke zu Israel haben und zur einschränkungslosen Solidarität deutscher Linker mit »dem palästinensischen Volk« nichts zu sagen, das nicht bereits gesagt worden wäre.[1] Die Fakten wurden längst benannt, das Phänomen wurde auf unterschiedliche Arten beschrieben und analysiert. Das heißt jedoch nicht, das Thema wäre längst erledigt und jede weitere Erörterung eine unnötige Wiederholung von bereits Gesagtem. Zum einen haben die bisherigen Kritiken und Diskussionen zu keiner bemerkenswerten Veränderung dessen geführt, was kritisiert wurde. Zum anderen wurde die Kritik am Antisemitismus deutscher Linker anfangs, von Ausnahmen abgesehen, fast nur von linken deutschen Jüdinnen und Juden formuliert. Von Seiten der Kritisierten selbst kam erst nichts zu diesem Thema, dann aber heftige Abwehr des Vorwurfs, eine Abwehr, die in ihren Formen und Inhalten nicht selten eben den Vorwurf – des Antisemitismus – bestätigte.
Erst als die Linke sich nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, der deutschen Wiedervereinigung und dem zweiten Golfkrieg mit einer Kulmination von Ereignissen konfrontiert sah, die sie nicht mehr mittels der gängigen Schablonen einordnen konnte, erst da begannen Einzelne auch das Verhältnis der deutschen Linken zu Israel neu zu diskutieren. Die schon seit den Vorbereitungen zum IWF-Gipfel in Berlin in einigen »Zusammenhängen« geführte Debatte über den Nationalismus und die Kriegswirtschaft von Befreiungsbewegungen lieferte dabei eine von mehreren Grundlagen, auch die alten Gewißheiten in bezug auf Israel/Palästina infrage zu stellen. Doch selbst die wenigen, die sich seither dieser Anstrengung unterziehen, weichen, ob nun bewußt oder unbewußt, dem Kern des Problems und damit der schmerzhaftesten Selbstkritik letztlich aus: Sie kritisieren alles mögliche, vom linken Nationalismus bis zur »kommunistischen Staatsverehrung« (l.u.p.u.s.), daß jedoch die linken Argumente gegen Israel in neuer Terminologie altbekannte antisemitische Vorwürfe gegen »die Juden« wiederholen, das sehen oder sagen sie nicht.[2]
Wenn im folgenden die Rede ist von »der deutschen Linken«, dann meint diese Pauschalisierung niemals alle deutschen Linken. Natürlich gibt es Ausnahmen, natürlich gibt es einzelne Personen und einzelne, kleinere Gruppen, die sich hier und dort kritisch und selbstkritisch mit dem Thema Linke und Antisemitismus auseinandergesetzt haben und auseinandersetzen. Diese Ausnahmen sind umso ehrenwerter, als sie eben Ausnahmen sind. Ansonsten bestätigen sie nur die Regel. Und von der Regel soll hier die Rede sein.
Die deutsche Linke, die sich über so viele Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten auf dieser Welt empörte, die für jedes Volk, dessen Befreiungsbewegung sie gerade unterstützte, in schwärmerische Begeisterung verfiel, diese Linke hat sich seit dem Ende der 60er Jahre nicht mehr ernsthaft gegen das Verbrechen empört, das die Generation ihrer Väter und Großväter gegen die Juden begangen hat. Generationen von Linken haben die unterschiedlichsten Arten von Politik betrieben, ohne sich für das Leben und den qualvollen Tod der Menschen zu interessieren, die von den Deutschen ermordet wurden, und dafür, wie es denen ergeht, die überlebt haben.
Die deutsche Besatzungspolitik, der massenmörderische Versuch einer Neuordnung Europas unter deutscher Herrschaft und die Vernichtung der europäischen Juden waren keine Themen, mit denen sich die neue Linke in der Bundesrepublik auseinandersetzte (Ausnahmen wie immer beiseite). Wo sich deutsche Linke überhaupt mit der jüngsten Vergangenheit beschäftigten, geschah es selektiv. Was sie eventuell interessierte, das war die Politik der deutschen Arbeiterbewegung, die Verfolgung deutscher Antifaschisten, das deutsche Exil und, schon marginaler, der deutsche Widerstand. Die Millionen aus allen deutsch besetzten Ländern Europas in die Vernichtungslager verschleppten und dort ermordeten Juden legte ein Großteil der deutschen Linken, unbeleckt von jeglichem historischen Wissen, in der Schublade mit der Aufschrift »Opfer des Faschismus« ab.
Selbst die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in Polen, Frankreich, Italien etc., die – als Linke – gegen die Deutschen gekämpft hatten, die also in die selbstentworfene Ahnengalerie gepaßt hätten, fanden keinen Platz im Panthéon der neuen deutschen Linken. Zwar sah man sich gerne einmal einen Film über die Résistance an, und im Italienurlaub sang man enthusiastisch die italienischen Partisanenlieder, doch die Begeisterung ging nicht so weit, daß man auch nur ein Buch über eben diese Partisanen oder über die »Armee im Schatten« (Melville) zur Hand genommen hätte. Es wäre allerdings auch schwierig gewesen, ein solches Buch in deutscher Sprache zu finden. Nicht nur die etablierten, auch die linken Verlage führten zu den Themen deutsche Besatzung, Vernichtung der europäischen Juden, Widerstand in den besetzten Ländern kaum etwas im Programm. Erst seit Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre erscheinen vereinzelte Arbeiten zu dem Bereich (jüdischer) Widerstand gegen die deutsche Besatzung[3], und die meisten dieser Arbeiten sind nicht Ergebnis (linker) deutscher Geschichtsforschung, sondern Übersetzungen aus anderen Sprachen.
Deutsche Linke unterschieden – und tun das weitgehend noch immer – zwischen den »wirklich Verfolgten«, das sind die politisch Verfolgten, und den sogenannten »rassisch Verfolgten«. (Wobei lange Zeit nicht einmal auffiel, was

dieser Begriff »rassisch verfolgt« reproduzierte, nämlich die Zuschreibung der so Verfolgten zu einer anderen Rasse). »Die Juden« fallen dabei allesamt unter die Kategorie »rassisch Verfolgte«. Sie erscheinen, so es sich nicht um prominente deutsche Linke handelt, als die grauen, namenlosen Opfer, die abstrakten Sechsmillionen, die jeder im Munde führt, die aber kaum jemanden wirklich berühren. Von der radikal antizionistischen Fraktion der deutschen Linken werden sie von Opfern der deutschen Vernichtungspolitik zu Opfern der Zionisten gemacht, dieses Manöver linken Geschichtsrevisionismus wurde bereits ausführlich beschrieben, es muß hier nicht noch einmal zitiert werden.[4] Die etwas gemäßigtere Version linker Geschichtsloigkeit und Ignoranz lautet, »die Juden« seien »wie die Lämmer zur Schlachtbank gegangen«, und manche/r Linke fragt sich, ob sie angesichts ihrer »Passivität« nicht vielleicht doch ein wenig mit Schuld an ihrem Tod waren. Man weiß doch: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.
Zudem spukt auch in den Hinterköpfen von Linken der Verdacht, »die Juden« seien alle reich, warum also sollte man sich, »nur weil es Juden sind«, plötzlich als Linke, als Linker mit dem Schicksal von Kapitalisten befassen? Doch selbst ein proletarischer kommunistischer deutscher Jude wie Herbert Baum, einer also, der nun wirklich alle Voraussetzungen des linken deutschen Reinheitsgebots erfüllt, selbst ein Herbert Baum war dem Großteil der bundesdeutschen Linken bis vor zwei, drei Jahren noch nicht einmal namentlich bekannt.
Die sich als links verstehenden Nachkommen der Tätergeneration selektieren so nachträglich noch einmal die Opfer. Nach rechts dürfen diejenigen, die »aus Überzeugung« ins Exil gingen, die auf Grund ihrer »Überzeugung« in Gefängnissen und Konzentrationslagern saßen, die auf Grund ihrer »Überzeugung« ermordet wurden, wobei Überzeugung mit linker Überzeugung gleichgesetzt wird. Diejenigen aber, die Deutschland »nur« verlassen mußten, weil sie Juden waren, die in die Lager deportiert wurden, »nur« weil sie Juden waren, die ermordet wurden, »nur« weil sie Juden waren, sie werden an der Rampe der Erinnerung noch einmal nach links geschickt.
So wenig sich bundesdeutsche Linke seit den 70er Jahren für die Opfer der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik interessierten oder sich gar mit den Überlebenden solidarisierten, so wenig befaßten sie sich mit den Tätern. Nur in den kurzen Jahren des Aufbruchs um 1968 quälten sich deutsche Linke ernsthaft mit der Frage, was ihre Eltern »damals« gemacht hatten, protestierten sie gegen alte Nazis, die wieder an den Universitäten lehrten und gegen den einen oder anderen Politiker, der als ehemaliger Nazi »enttarnt« wurde. Diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ihren Folgen führten jedoch nur vergleichsweise wenige und nur für relativ kurze Zeit, so daß ihre Ansätze zu einer Konfrontation mit den Tätern und deren Verbrechen untergingen in der Masse der Aktionen, Demonstrationen und Publikationen, die sich gegen die Verbrechen der USA richteten und gegen die Verbrechen aller möglichen Regimes und Diktatoren, nur eben nicht gegen die Mörder im eigenen Land.
Als Klaus Barbie in den 80er Jahren verhaftet und in Frankreich vor Gericht gestellt wurde, war das Interesse an diesem Prozeß und an den Widersprüchlichkeiten und Debatten, die damit einhergingen, kaum irgendwo geringer als in der deutschen Linken. Nur wenige verfolgten den Prozeß und die Berichterstattung darüber. Die Tatsache, daß ein »Mann der Linken« wie Vergès den Gestapochef und Cheffolterer von Lyon verteidigte, führte unter denjenigen deutschen Linken, die sie überhaupt registrierten, vielfach zu einer Rechtfertigung von Vergès' Argumentation und einer selbstzufriedenen Häme über den von ihm thematisierten Dreck am Stecken der Franzosen.
1980 fand in Köln der Prozeß gegen Kurt Lischka statt, der in leitenden Funktionen bei der Sicherheitspolizei und dem SD in Frankreich 73.000 Juden in den Tod geschickt hatte. Sowohl am Prozeß als auch an der Demonstration durch die Kölner Innenstadt, die von französischen Überlebenden und deren Kindern organisiert worden war, nahmen nur wenige Deutsche teil, die nicht selbst Überlebende oder deren Kinder oder Freunde waren. Es kann auch niemand behaupten, im Kieler Landgericht, in dem 1981 gegen die SS-Führer Asche, Canaris und Ehlers verhandelt wurde, die für die Deportation zehntausender Juden aus dem Sammellager im belgischen Mechelen verantwortlich waren, oder auch im großen Düsseldorfer Majdanek-Prozeß hätte sich die deutsche Linke gedrängelt. Erst als ein deutscher Antifaschist vor Gericht stand, weil ihm vorgeworfen wurde, er habe einen Nazirichter umgebracht, wurde in Teilen der Linken zum Prozeßbesuch mobilisiert.
Die mangelnde Auseinandersetzung der (nicht-jüdischen) deutschen Linken mit der Shoa als der mörderischsten Konsequenz des Antisemitismus wird noch übertroffen von ihrer völligen Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus generell. Er wird als Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet, wie der Rassismus (dem er meist – unzulässiger Weise – subsumiert wird) und lange Zeit auch die patriarchale Unterdrückung. Von derlei bürgerlichen Übeln sind, nach dem schlichten linken Selbstverständnis diejenigen nicht befallen, die für die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft und damit auch aller ihrer Übel kämpfen. Erst in den letzten Jahren kam eine Ahnung davon auf, daß auch Linke, ja selbst Internationalist/inn/en Rassisten sein können. Seltsamerweise wird jedoch gleichzeitig von nicht-jüdischen Linken noch immer standhaft geleugnet, daß Linke auch Antisemiten sein können.
Eine empirische Untersuchung[5] ergab, daß zu Beginn der 80er Jahre bei 50 Prozent der Bundesbürger antisemitische Vorurteile vorhanden waren. Ihre Meinung über Juden, gaben die Befragten an, sei ihnen im Elternhaus, vor allem aber in der Schule vermittelt worden. Der »normale Antisemitismus« (Detlev Claussen) der bürgerlichen Gesellschaft ist in dieser Gesellschaft weiterhin virulent, wer sich für frei davon hält, ist meist nur zu bequem, bei sich selbst zu suchen, was er bei anderen vermutet. Die naive Annahme vieler Linker, sie seien von dem Problem nicht betroffen, beruht auch darauf, daß sie auf Grund ihrer mangelnden Auseinandersetzung mit dem Thema als Antisemitismus nur dessen primitivste und offensichtlichsten Ausprägungen erkennen. Keine Linke, kein Linker würde behaupten, daß Juden stinken. Sobald der Antisemitismus aber antikapitalistisch argumentiert, leuchtet er so manchen Linken durchaus ein. Man müsse einfach sagen dürfen, heißt es dann zum Beispiel, »daß nun einmal ungewöhnlich viele Spekulanten Juden« seien. Karikaturen von Häuserspekulanten, die in den 70er Jahren in der Frankfurter und in den 80ern in der Westberliner Hausbesetzerszene kursierten, hatten gelegentlich »Stürmer«qualität. In der Auseinandersetzung um Faßbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod« quollen aus linken Mündern Sottisen, die auf lange unterdrücktes Ressentiment schließen lassen.
Eine Mischung aus Ignoranz, naiver Selbstgefälligkeit, historischer Ahnungslosigkeit und kaltem Desinteresse gegenüber der Shoa prägte also die Haltung vieler deutscher Linker nach der »Kehrtwende« 1967, als sich die Mehrheit der deutschen Linken von Israel ab und »den Palästinensern« zugewandt hatte. Nachdem die überlebenden Juden und ihre Nachkommen als Israelis zwei Kriege hintereinander gewonnen hatten, anstatt edel zu sterben, schlugen sich Teile der »68er«, die für kurze Zeit die Opfer der Shoa zu quasi neuen Heiligen idealisiert hatten, enttäuscht und empört auf die Seite derer, die sie nun »die Opfer der Opfer« nannten – der Palästinenser. Die erfüllten scheinbar die Kriterien, die Linke an Verfolgte stellen – sie kämpften um ihre Befreiung, und sie erfüllten darüber hinaus noch die Sehnsucht vor allem der radikalen Linken nach Kampf und Revolution und Identität.
Auf »die« Palästinenser projizierten von der eigenen Erfolglosigkeit frustrierte, bundesdeutsche Linke ihre Träume und Hoffnungen, wie sie diese, ähnlich undifferenziert, auf viele andere Völker projizierten, von Vietnam bis Portugal, von Nicaragua bis Kurdistan. Die Palästinenser unterschieden sich jedoch in einem Punkt von allen anderen Unterdrückten und Verfolgten: sie wurden von Juden unterdrückt, und diese Tatsache reizte deutsche Linke wie den Stier das rote Tuch. Gerade die Juden, die doch in Auschwitz so Schreckliches erlitten hatten, hieß es von Leuten, die sich nie mit Auschwitz beschäftigt hatten, gerade die Juden müßten sich doch aller Ungerechtigkeit und Grausamkeit enthalten. So als sei, wie linke deutsche Juden bitter dagegen hielten, Auschwitz eine Besserungsanstalt gewesen.
Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, der sie sich als Nachkommen

der Täter womöglich stellen müßten. Da jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoa selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne weiteres nicht zu ignorieren ist, mußte sie auf Teufel komm raus relativiert werden. Zwanghaft wurde alles, was Israelis Palästinensern antaten, mit dem verglichen, was Deutsche den Juden angetan haben. Als die israelische Armee im Libanon einmarschierte, sprachen deutsche Linke von der »Endlösung der Palästinenserfrage« (Tageszeitung), die Beispiele für derlei Gleichsetzungen sind zahlreich. Man beschränkte sich bald nicht mehr auf die Kritik dessen, was die israelische Regierung, die Armee oder einzelne Israelis taten, Israel selbst, »das zionistische Gebilde«, wurde zum Übel schlechthin erklärt, zum Feind der Menschheit. So diente der Antizionismus nicht nur der Entlastung von historischer Verantwortung, sondern befriedigte auch klammheimliche, antisemitische Bedürfnisse. Was den Eltern- und Großelterngenerationen der ewige Jude war, der nirgends seßhaft wird, der blutsaugerische Wucherer, der jüdische Parasit, der es darauf anlegt, das hilflose (arische) Wirtsvolk zu zersetzen und schließlich zu vertreiben, das war, wenn auch zutiefst unbewußt, linken Antizionist/inn/en das künstliche Gebilde Israel, das von Eindringlingen bewohnt wird, die in Wahrheit gar kein Volk sind, die jedoch mit blutigen Mitteln das seit Jahrtausenden ansässige Volk der Palästinenser vertreiben und als imperialistischer Brückenkopf das Verderben aller arabischen Völker im Nahen Osten betreiben. Die Politik keines anderen westlichen/imperialistischen Staates wurde so kontinuierlich mit solcher Wut und solcher Intensität von deutschen Linken angegriffen, wie die Politik des israelischen Staates, wie »die Zionisten«.

Die angeblichen Fakten, mit denen die abgrundtiefe Schlechtigkeit und Verworfenheit »der Zionisten« begründet werden sollten, stammen aus Quellen, von denen die Verfechter/innen der Palästinasolidarität in Deutschland keine Ahnung hatten, und die sie nicht hinterfragten. Das Material, aus dem sie blind schöpften, weil ihnen die Terminologie vertraut war und weil das Feindbild stimmte, stammte weitgehend aus dem Arsenal des stalinistischen und poststalinistischen Antisemitismus. Ein Großteil der »Informationen«, die in den Broschüren und Flugblättern der deutschen Linken der 70er und 80er Jahre verwendet wurden, um »den Zionismus« zu entlarven, ist nichts als die jeweils aktualisierte Fortschreibung der Anklagen in den antisemitischen Kampagnen, die in den sozialistischen Ländern Ende der 40er, Anfang der 50er und Ende der 60er Jahre inszeniert wurden.[6]

In den Vereinten Nationen hatte die Sowjetunion für die Teilung Palästinas und für die Errichtung eines jüdischen Staates gestimmt. 1948 tauschten Israel und die Sowjetunion Botschafter aus. Dann schwenkt Stalins Außenpolitik infolge des beginnenden Kalten Krieges noch im selben Jahr 1948 um, die Sowjetunion unterstützt nun die arabischen Regimes und bricht die Beziehungen zu Israel ab. Gleichzeitig wird innenpolitisch die Kampagne gegen den Kosmopolitismus inszeniert, die sich fast ausschließlich gegen Juden richtet. Viele von ihnen werden aus dem Berufsleben ausgeschlossen, viele von denen, die in irgendeiner Weise prominent waren, werden ermordet. Auch das Jüdische Antifaschistische Komitee, das während des Krieges unter anderen von Ilija Ehrenburg gegründet worden war, hat nun seine Schuldigkeit getan – seine Mitglieder, bis auf Ehrenburg – werden liquidiert. Sie, die sich während des Krieges bei den westlichen Alliierten um Unterstützung für die bedrängte Sowjetunion bemüht hatten, werden nun als Spione und Verräter, als Kosmopoliten verurteilt. Ihre bis vor kurzem hoch geschätzten Westkontakte werden als »Beweis« für ihr verschwörerisches Wirken gegen sie verwendet. Kosmopolitismus steht nicht nur in ihrem Fall sondern in der gesamten Kampagne für nichts anderes als: jüdische Weltverschwörung. 1952 werden jüdische Ärzte angeklagt, sie hätten versucht, führende sowjetische Politiker zu vergiften. Die antisemitische Hetze wird von der Partei und ihren Presseorganen offen betrieben, nur schreibt man statt Jude Zionist, statt jüdisch zionistisch und statt antisemitisch antizionistisch.

Die Parteien Ungarns und der Tschechoslowakei beginnen 1948/49 mit ihrem Kampf gegen den Zionismus und den Kosmopolitismus. Seinen Höhepunkt bilden die Prozesse gegen Rajk und andere in Budapest und gegen Slansky, London und andere in Prag. Die Angeklagten sind Frauen und Männer, die als überzeugte Kommunisten und Antifaschisten im spanischen Bürgerkrieg und in der französischen Widerstandsbewegung gekämpft hatten, die Folter und Konzentrationslager überlebt hatten, die nach ihrer Befreiung in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, um ein sozialistisches Ungarn, eine sozialistische Tschechoslowakei aufzubauen, und die meisten von ihnen sind – Juden. Sie werden als Spione, Verräter und – dies gilt mit als das schlimmste Verbrechen – als Zionisten angeklagt und zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Man wirft ihnen, die nicht in der Sowjetunion Zuflucht gesucht, sondern in den besetzten Ländern gegen die Deutschen gekämpft hatten, vor, sie hätten nur überlebt, weil sie mit den Deutschen kollaboriert hätten. Man wirft ihnen vor, sie hätten mit den Geheimdiensten der westlichen Alliierten zusammengearbeitet und stünden noch immer in deren Sold. Man wirft ihnen vor, sie betrieben heimlich die Geschäfte Israels und damit des Imperialismus. Man wirft ihnen vor, sie bildeten eine fünfte Kolonne. Tatsächlich besteht ihr Verbrechen darin, daß sie Juden und Internationalisten sind. Nur wenige von ihnen, die der SS und Gestapo hatten entkommen können, überleben die Verfolgung durch die eigenen Genossen. Die Anklageschriften, die gegen sie verfaßt wurden, sind ein Kompendium des Antisemitismus, streckenweise klingen sie wie aktualisierte Kapitel aus den »Protokollen der Weisen von Zion«, dem antisemitischen Machwerk der zaristischen Pogromisten.

Stalins Tod und die darauf folgende »Entstalinisierung« ändern nicht viel an dem als Antizionismus firmierenden Antisemitismus in den sozialistischen Ländern. 1968 wird ein Gutteil der wenigen Juden, die in Polen überlebt hatten, im Rahmen einer umfassenden antisemitischen Kampagne aus dem Land getrieben. Wer Jude ist, wird des Zionismus verdächtigt und damit der verbrecherischsten Machenschaften. Das Propagandamaterial, das dieser Kampagne zugrunde liegt und das in Teilen noch aus den Anklageschriften gegen Slansky und die anderen »Kosmopoliten« stammt, wird, auf den jeweils neuesten Stand gebracht, in aller Welt als »Informationen über den Zionismus« verbreitet und findet sich zum Teil wörtlich übernommen später auch in den Schriften der bundesdeutschen Palästinasolidarität wieder.

So übernahm die neue deutsche Linke zusätzlich zu dem quasi ererbten »bürgerlichen« Antisemitismus den als Antizionismus verkleideten Antisemitismus Stalins und seiner Nachfolger. Dieses gefährliche Gemisch fiel auf fruchtbaren Boden. Es verband sich mit dem historischen Desinteresse und der theoretischen Abstinenz von großen Teilen der Linken seit den 70er Jahren und mit ihrem manichäischen Weltbild.

Dieses manichäische Weltbild hat nicht nur in bezug auf Israel verhindert, daß Widersprüche, Komplikationen, Verflechtungen wahrgenommen wurden, die nicht in das Schema »Die Guten gegen die Bösen« paßten. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern paßte von Anfang an nicht glatt in dieses Schema. Die Not, die Vertreibung der Palästinenser, das Unrecht, das ihnen geschah, waren offensichtlich. Die Gründe jedoch, warum Juden darauf bestanden, einen eigenen, einen jüdischen Staat zu errichten, konnte nur wahrnehmen, wer bereit war, hinter das Heute zu schauen, wer bereit war, zweitausend Jahre Diaspora, zweitausend Jahre Verfolgung, Zwangstaufen, Pogrome und schließlich die Ermordung von sechs Millionen Frauen, Männern und Kindern zu sehen. Und, daß auch heute, außer eben in einem jüdischen Staat, in keinem Land der Welt Juden vor Antisemitismus sicher sind.

So akribisch deutsche Linke jedes Unrecht registrierten, das Israelis verübten, so konsequent sahen und hörten sie weg, wenn es um Verbrechen ging, die von arabischer Seite begangen oder angedroht wurden. Von den »fortschrittlichen« arabischen Regimes wurde einerseits gefordert, sie sollten die Palästinenser bei der Rückeroberung Palästinas, also der »Beseitigung des zionistischen Gebildes« unterstützen, während gleichzeitig die Israelis, wenn sie auf ihre Bedrohung verwiesen, der Paranoia beschuldigt wurden. Der Vorwurf, im Nahen Osten trieben sich alte wie neue Nazis herum, wurde empört als imperialistische Propaganda zurückgewiesen. Tatsächlich waren aber Syrien und Ägypten zum sicheren Exil für zahlreiche NS-Verbrecher geworden. In Syrien fanden Franz Stangl, der ehemalige Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, Zuflucht, und Alois Brunner, einer der Hauptverantwortlichen für die »Endlösung«. Joachim Däumling, der ehemalige Polenrefe-

rent im Reichssicherheitshauptamt, baute in Kairo den ägyptischen Geheimdienst nach dem Vorbild seines ehemaligen Amtes auf; Johannes von Leers, der Leiter der antisemitischen Propaganda in Goebbels' Ministerium, leitete nach dem Krieg die antizionistische Propaganda Nassers.[7] Palästinensische Gruppen im Libanon trainierten deutsche Neonazis. All das hätte wissen können, wer es wissen wollte. Und wer es wußte, hätte Konsequenzen daraus ziehen müssen. Doch nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, hielten sich nicht nur deklarierte Antizionist/-inn/en Augen und Ohren zu.

Das blinde Vertrauen deutscher Linker in die »fortschrittlichen« arabischen Staaten und ihre ebenso blinde Ablehnung Israels zeitigten zuletzt während des zweiten Golfkriegs die abstrusesten Folgen. Nicht zufällig verweisen beinahe alle, die in den letzten Jahren über das Thema Linke und Antisemitismus diskutieren, auf den zweiten Golfkrieg. Im Verlauf der Auseinandersetzungen über diesen Krieg und der Aktionen gegen diesen Krieg haben sich Standpunkte verschärft und ist manches Kostüm zerschlissen, das bisher mehr oder weniger gut die darunter liegenden Blößen bedeckt hat.

Die USA haben diesen Krieg gewiß nicht geführt, um dem bedrängten Israel zu Hilfe zu kommen, sondern aus demselben Grund, aus dem die meisten Kriege geführt werden: zur Wahrung der eigenen ökonomischen und machtstrategischen Interessen. Dennoch war Israel ab einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich bedroht. Spätestens seit diesem Zeitpunkt konnte die schlichte antiimperialistische Haltung nicht mehr ausreichen, um die Gegnerschaft zu diesem Krieg zu begründen.

Anstatt jedoch die eigene Politik zu differenzieren, driftete ein Teil der Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner in proirakischen Nationalismus ab. Von Ausnahmen abgesehen hatte hierzulande bis zu diesem Zeitpunkt kaum jemand auch nur das geringste über den Irak gewußt, denn der Irak war in der hiesigen Linken bisher nicht »in« gewesen. Nun aber brach eine große Liebe aus zu »den Menschen« in Bagdad, wenn nicht gar zum »irakischen Volk«. Saddam Hussein reüssierte zum Vorkämpfer des weltweiten Antiimperialismus.

Fast allen Kriegsgenerinnen und Kriegsgegnern aber, von den neuen Saddam-Fans bis zu denen, die auch Halabscha murmelten, war eines gemeinsam: Eine eiskalte Gleichgültigkeit gegenüber den von den irakischen Raketen getroffenen und den angekündigten Giftgaseinsätzen bedrohten Menschen in Israel. Auf einer der vielen Golfkriegsveranstaltungen erzählte ein Jude auf dem Podium, seine Großmutter sitze jetzt in Tel Aviv in einem abgedichteten Raum mit einer Gasmaske vor dem Gesicht. Diese unerträgliche Vorstellung war offenbar kaum jemandem im Saal unerträglich, es regte sich kein Entsetzen, es regte sich auch, inmitten der omnipräsenten Betroffenheit über alles und jedes, kein Mitgefühl für diese alte Frau in Tel Aviv. Selbst die Tatsache, daß das Giftgas, das diese Frau, die den Gaskammern der Deutschen entkommen war, nun in Tel Aviv bedrohte, aus deutscher Produktion stammte, konnte die Nachkommen der Tätergeneration nicht erschüttern. Da wurde noch eher nachträgliches Mitleid mit den – deutschen – Opfern des Zweiten Weltkriegs mobilisiert: auf einigen Transparenten und Flugblättern wurde, weitgehend unwidersprochen, die Bombardierung Bagdads mit den alliierten Bombenangriffen auf Dresden verglichen.

Nun sind seit dem zweiten Golfkrieg drei Jahre vergangen, gegen die Kriege, die seither geführt werden, finden kaum noch Demonstrationen statt, was im ehemaligen Jugoslawien passiert, macht die meisten Linken (nicht nur) in Deutschland so ratlos wie alles, das nicht in die alten Schemata paßt, und das heißt, wie fast alles, was heute passiert.

Die Palästinenser konnten sich länger und kontinuierlicher der Zuneigung deutscher Linker erfreuen, als die meisten anderen »Völker« dieser Erde (und ihre Befreiungsbewegungen). Doch selbst diese Solidarität ist offenbar nicht unerschöpflich. Seit die Hoffnung auf einen Sieg der palästinensischen Befreiungsbewegung in allzu weite Ferne gerückt ist, läßt das Engagement deutscher Linker für Palästina merklich nach. Daraus zu schließen, daß mit dem Verschwinden antizionistischer Politik auch der dem Antizionismus implizite Antisemitismus verschwände, wäre allerdings naiv. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß der »normale« Antisemitismus, der sich mehr oder weniger gut hinter dem Antizionismus verborgen hatte, nun auch bei Linken oder (denn so viele gibt es nicht mehr) bei ehemaligen Linken unverhüllt zutage treten wird.

Anmerkungen:

1 Siehe dazu unter anderem: Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, in: Die Zeit vom 25. Juli 1969; Micha Brumlik: Die Angst vor dem Vater – Judenfeindliche Tendenzen im Umkreis neuer sozialer Bewegungen, in: Silbermann, Alphons (u.a.): Antisemitismus nach dem Holocaust, Köln, 1986; Detlev Claussen: Ein neuer kategorischer Imperativ – Die politische Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel, in: Brumlik, Micha (u.a.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt 1988, sowie: Versuch über den Antizionismus. Ein Rückblick, in: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992; Dan Diner: Linke und Antisemitismus – Überlegungen zu Geschichte und Aktualität, in: Schneider, Karlheinz/Simon, Nikolaus (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte – Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1987; Thomas Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992

2 Siehe dazu auch autonome l.u.p.u.s. gruppe: Die verlorene Unschuld – zum Teufel mit den Opfern. Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel, in: Geschichte Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse, Berlin/Amsterdam 1992. Obwohl ihre eigene Kritik am linken Antizionismus, an dessen Hang zu »Natürlichem« (= palästinensisch) und Kampf gegen »Künstliches« (= israelisch) bereits unausgesprochen auf klassisch antisemitische Argumentationsmuster verweist (der »entwurzelte, heimatlose Jude« als »Parasit« im »erdgebundenen »Wirtsvolk«), ignorieren die AutorInnen von l.u.p.u.s gerade diese Offensichtlichkeit. Daß sie ihnen nicht völlig unbekannt sein kann, läßt sich dem Schlußsatz in dem zitierten Text entnehmen, in dem sie der antizionistischen deutschen Kritik am Staat Israel vorwerfen, sie reproduziere auch »das antisemitische Grundmuster, das Kritik an den (herrschenden) Verhältnissen nur vortäuscht, um sie den ›Besonderheiten jüdischen Wesens‹ anzulasten.« An dieser Stelle müßte der Text, müßte eine wirklich radikale, das heißt an die Wurzeln gehende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis deutscher Linker zu Israel beginnen, anstatt zu enden.

3 Siehe Reuben Ainsztein: Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs, Oldenburg 1993; Stéphane Courtois/Denis Peschanski/Adam Rayski: L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Résistance, Berlin 1994; Marek Edelmann: Das Ghetto kämpft, Berlin 1993; Chaika Grossman: Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht, Frankfurt/Main 1993; Anka Grupinska: Im Kreis. Gespräche mit jüdischen Kämpfern, Frankfurt/Main 1993; Hanna Krall: Dem Herrgott zuvor kommen, Frankfurt/Main 1993; Ingrid Strobl: »Sag nie du gehst den letzten Weg.« Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt/Main 1989

4 Siehe u.a. autonome l.u.p.u.s. gruppe, op. cit. und: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Sonderheft der Redaktion Arbeiterkampf, Hamburg 1988

5 Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982

6 Siehe zu folgendem (u.a.): Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992; Artur London: Ich gestehe, Hamburg 1970

7 Siehe u.a. Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1986; Gitta Sereny: Am Abgrund, Berlin 1980; Simon Wiesenthal: Doch die Mörder leben, München/Zürich 1967



Jugoslawien
Der gewollte Krieg



Tödliche Ratlosigkeit

Das, was hierzulande vom Krieg in Jugoslawien vermittelt wird, erweckt vor allem einen Eindruck von Unübersichtlichkeit und erzeugt infolgedessen Ratlosigkeit, Wegsehen, Passivität, Geschehen- und Gewährenlassen.
Was sich hierzulande beim Stichwort "Jugoslawien" in den Köpfen abspult, ist neben der Kriegsberichterstattung meist ein diffuses Bild unterschiedlicher "Nationalitäten", die zu einem friedlichen Zusammenleben nicht fähig seien. Angebliche "rassische" - pardon: "ethnische" - Andersartigkeit führt zwangsläufig zu Blutvergießen, so lautet die Botschaft. Die "ethnischen" Unterschiede erscheinen in dieser Logik als bestimmendes Moment sozialer und politischer Prozesse schlechthin.
Die Frage, wie der Krieg beendet werden könne, wurde auf die Forderung nach einem militärischen Eingreifen der Großmächte reduziert, ohne die Rolle der gleichen Großmächte vor und während des Krieges auch nur ansatzweise zu beleuchten. Der Krieg scheint die einzig logische Antwort zu sein, die auf das völkisch-rassistische Erklärungsmodell des Krieges noch übrig bleibt: Menschen, die aufgrund "ethnischer" Andersartigkeit nicht in ein und demselben Territorium leben können, müssen eben notfalls gewaltsam voneinander getrennt werden... Beides - völkisches Erklärungsmodell und militärische Schlußfolgerung - entspricht der Logik des Krieges und trägt zu seiner Eskalation bei. So leistet auch jener überwiegende Teil der ehemaligen Friedensbewegung, der heute ein militärisches Eingreifen fordert, bewußt oder unbewußt seinen Beitrag zum Krieg.
Wir wollen deshalb versuchen, einige Ansätze zur Analyse des Krieges im ehemaligen Jugoslawien zusammenzufassen. Wir erheben nicht den Anspruch, damit bereits eine fertige Analyse des Krieges zu liefern.

Rahmenbedingungen

Während des Kalten Krieges hatte Jugoslawien eine Zwischenstellung zwischen den Machtblöcken eingenommen. Dies schützte das Land einerseits vor der direkten Abhängigkeit von einer der beiden Supermächte, konnte die indirekte Abhängigkeit jedoch nicht durchbrechen, im Gegenteil. Die Attraktivität Jugoslawiens für westliche Kredite stieg eher noch, ohne daß das Land eine Möglichkeit zur Rückzahlung gehabt hätte. Infolgedessen wurden Jugoslawien in den 80er Jahren brutale Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, um die Wirtschaft auf die Bedingungen des Weltmarktes zuzurichten. Aus imperialistischer Sicht unproduktive Wirtschafts- und Sozialstrukturen wurden angegriffen und die Löhne und Sozialausgaben abgesenkt. Der zeitweise massive Widerstand dagegen sollte zerschlagen werden. Im Prinzip waren dies die üblichen Auflagen, die IWF bzw. Weltbank den von ihnen abhängigen Ländern stellen. Die Folgen sind überall ähnlich. In letzter Konsequenz variieren sie lediglich zwischen einem offen oder verdeckt ausgetragenem Krieg gegen weite Teile der jeweiligen Bevölkerung als gesellschaftlichem Normalzustand. Der Krieg in Jugoslawien entspricht letztlich dieser Normalität.

Diesem Kurs entsprach die Politik der jugoslawischen Machthaber, die seit Mitte der 80er Jahre immer deutlicher die Deregulierung zum Zwecke der Weltmarktzurichtung forcierten und einen Umbau von Politik und Gesellschaft im kapitalistischen Sinne vorantrieben.
Mit der Auflösung des sozialistischen Staatensystems verschärfte sich nicht nur die Abhängigkeit des Landes. Die Staaten Ost- und Südosteuropas wurden einer rücksichtslosen "Neuordnung" unterworfen. Auf den Trümmern zusammengebrochener und/oder bewußt zerstörter Wirtschafts-, Staats- und Sozialstrukturen wurden ihnen von den westlichen Großmächten neue Strukturen und neue Rollen zugewiesen.

Vom Beiseiteräumen einer Blockade

Im Zusammenhang mit der Weltmarktzurichtung Jugoslawiens war sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes häufig von einer politischen bzw. sozialen "Blockade" die Rede, welche einer solchen Zurichtung entgegenstand. So brachten die westlichen Kredite trotz aller Bemühungen der jugoslawischen Machthaber nicht den gewünschten Erfolg. Durch die Privatisierungspolitik entstanden allenfalls unproduktive Nebenerwerbsbetriebe und eine unkontrollierbare Schattenwirtschaft. Statt einer Senkung der Produktionskosten kam es zunächst zu einem Reallohnanstieg. Das Konkurrenzprinzip konnte in der Wirtschaft ebensowenig durchgesetzt werden wie in der Beziehung der Menschen miteinander. So stellte der IWF 1989 fest, daß erst nach der Zerschlagung des sozialistischen Selbstverwaltungsprinzips und des vergesellschafteten Wirtschaftssektors, der noch immer über 90 % des Bruttosozialprodukts erwirtschaftete, die Zurichtungsprogramme greifen könnten. Gleichzeitig hatten sich in den verschiedenen Teilrepubliken konkurrierende Vorstellungen zur Umsetzung der Zurichtungsprogramme durchgesetzt, die sich mehr und mehr gegenseitig blockierten, so daß eine einheitliche Linie zur Durchsetzung der Programme nicht mehr greifbar erschien. Die Reaktion des IWF reichte von brutalen Schockprogrammen über Ultimaten bis hin zum Abbruch vereinbarter Zahlungen und dem Gedanken einer "militärischen Lösung". Hiermit war die militärische Durchsetzung der Programme durch die jugoslawische Bundesregierung und die Volksarmee gemeint.
Hinter dieser ökonomischen verbarg sich eine zu beseitigende gesellschaftliche "Blockade". Damit war etwa die trotz aller Rationalisierungsprogramme fortbestehende Selbstversorgungswirtschaft gemeint, welche keinerlei Weltmarkterlöse brachte. Die auf funktionierende Eigenversorgung ausgerichtete, nach der Abwanderung der Männer in die Industriegebiete hauptsächlich von den Frauen geführte Landwirtschaft durchkreuzte die direkte existentielle Abhängigkeit zahlloser Arbeiter von den Unternehmen, machte sie also ebenso wie die Frauen in einem hohen Grade autonom. Dies bildete eine wichtige Basis für sozialen Widerstand. Ein weiterer Aspekt war die steigende Anzahl der Menschen, die zwar im Rahmen der Selbstversorgungsstrukturen leben konnten, für die in einer nach kapitalistischem Zuschnitt reformierten Wirtschaft jedoch kein Platz mehr sein würde. Sie wurden folglich als "unproduktive Überschußbevölkerung" angesehen, die innerhalb der bestehenden Ordnung nirgends "entsorgt" werden konnte - die übliche Lösung für "Dritte Welt"-Staaten, das Verhungernlassen, war in Jugoslawien nicht möglich, gleichzeitig war mit der Öffnung der osteuropäischen (Billig-)Arbeitskräftereservoires der Bedarf an ArbeitsemigrantInnen für

die westeuropäischen Industriestaaten gedeckt. Gleichzeitig stellten gerade diese Menschen ein hohes Widerstandspotential dar, wie die Entwicklung im Kosovo bewiesen hatte, wo die jugoslawische Regierung zahlreiche Rationalisierungsprogramme durchgeführt hatte, die immer mehr Menschen zur Abwanderung in die Städte zwangen. Bereits 1981 hatte sich dies in einem Aufstand des ärmsten Landesteils, des Kosovo, entladen, der vom Regime durch brutale Unterdrükkung bis hin zur Errichtung einer Militärdiktatur im Kosovo niedergeschlagen und -gehalten wurde. In den folgenden Jahren entwickelte sich in ganz Jugoslawien eine breite Widerstandsbewegung gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse, die von Massenstreiks bis zu militanten Aktionen reichte. Dieser Widerstand konnte erst dadurch zerbrochen werden, daß Teile davon zu einer nationalistischen Bewegung umgelenkt oder durch den Krieg zerschlagen wurden - wobei das eine ohne das andere nicht möglich gewesen wäre.

Gleichzeitig wurden die real existierenden Widersprüche und Widerstände von den (mehr und mehr konkurrierenden) jugoslawischen Machthabern mit einer völkisch-nationalistischen Prapaganda überdeckt und kanalisiert. Soziale Ungleichheit, die ja veränderbar ist, wurde in eine "ethnische", also naturgegebene und unveränderbare Andersartigkeit umdefiniert. Schon nach dem niedergeschlagenen Aufstand der Kosovo-AlbanerInnen, hatte das serbische Regime die Parole "Albaner vertreiben Serben" ausgegeben und eine rassistische Hetze gegen ArbeitsmigrantInnen aus dem Kosovo begonnen ("Schmarotzer am serbischen Reichtum"). Nach der Zuspitzung der Widersprüche in Serbien selbst wurden die sozialen Forderungen der Bevölkerung mit nationalistischen Parolen verknüpft und eine "Serbisierung", also die Bekämpfung der "Fremden" und die Ausdehnung des "nationalen" Machtbereichs, zum Ausweg aus der Krise erklärt. Gleichzeitig setzten die slowenischen und kroatischen Machthaber auf einen nationalistischen Wohlstandschauvinismus, der darauf abzielte, sich als reicher Norden des armen Südens zu entledigen. Hierbei knüpfte das kroatische Regime an den von Nazi-Deutschland geschaffenen "Ustascha"-Staat an und stellte, wie auch die serbischen Nationalisten, Gebietsansprüche an Bosnien. Mehr und mehr entwickelten sich Kroatien und Serbien zu aggressiven, konkurrierenden Regionalmächten. Autoritäre und partiarchale Machtstrukturen wurden rekonstruiert und gefestigt, was es ermöglichte, die bisher blockierte Neuordnung der Gesellschaft brutaler denn je voranzutreiben. Das Ganze wurde damit auch aus Sicht der westlichen Großmächte zu einem förderungswürdigen Projekt.

So eskalierte 1990/91 die Aufspaltung Jugoslawiens. Gleichzeitig versagte die jugoslawische Bundesregierung als Instanz zur Durchsetzung der Zurichtungsprogramme. So war es der Regierung nicht möglich, die aus dem Ruder gelaufene Entwicklung in Slowenien militärisch unter Kontrolle zu bringen. Der IWF, der ja auf eine solche "militärische Lösung" durch die Belgrader Regierung gesetzt hatte, beendete daraufhin seine Unterstützung für die Zentralregierung, die keine mehr war, und setzte auf Slowenien und Kroatien, die für seine Programme am geeignetsten erschienen. Die von außen bestimmten Neuordnungsprogramme verbanden sich mit den aggressiven nationalistischen Durchsetzungsstrategien der konkurrierenden jugoslawischen Machteliten.

An diesem Punkt rückte der Krieg als Mittel, die "Blockade" beiseite zu räumen, ins Blickfeld. Krieg bedeutete hier vor allem: Krieg gegen "unproduktive" und widerständige gesellschaftliche Strukturen, also Krieg gegen die Bevölkerung.



Regulierung und Moderierung des Krieges

Nachdem die Jugoslawische Volksarmee in Slowenien versagt hatte, schwenkten auch USA und EG sofort um und besiegelten mit dem unter EG-Leitung zustandegekommenen Abkommen von Brioni (7./8.Juli 1991) faktisch die Abtrennung Sloweniens. Sie machten sie damit den Weg für die Zerstückelung Jugoslawiens frei. Insbesondere dem kroatischen Regime wurde damit die Möglichkeit einer Abspaltung vor Augen geführt, obwohl zur gleichen Zeit bekannt wurde, daß zwischen dem kroatischen und serbischen Regime seit März 1991 Verhandlungen über die Aufteilung des vergleichsweise hoch industrialierten, energie- und rohstoffreichen Bosnien gefuhrt wurden. Diese Geheimverhandlungen hatten bereits in eine detaillierte Teilungskarte gemündet.

Diese Aufteilungspläne - und damit die Eskalation zum Krieg - wurde demnach von den westlichen Regierungen mitgetragen. Insbesondere die BRD-Regierung, die Kroatien bereits seit einem Jahr Waffen- und Aufbauhilfe leistete und alle relevanten Entscheidungen des kroatischen Regimes mit diesem abstimmte, fuhr einen direkten Eskalationskurs. Jegliche Alternative zur Unabhängigkeit wurde vom kroatischen Regime aus dem öffentlichen Bewußtsein ebenso verdrängt wie aus der Debatte hierzulande. Mit ihrer Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung Sloweniens und Kroatiens definierte die BRD-Regierung die innerjugoslawische Krise zu einem zwischenstaatlichen Krieg um. Sie belohnte den kroatischen Nationalismus mit einer eigenen, rassistisch legitimierten Nation. Sie radikalisierte den auf dem Klischee der ewigen Unterdrückung Serbiens aufbauenden serbischen Nationalismus durch die Zerschlagung der bestehenden Nation. Sie radikalisierte jede andere nationalistisch-separatistische Bewegung, indem sie die Anerkennung in Aussicht stellte und den Krieg als Mittel anerkannte - vorausgesetzt, es bestand eine grundlegende Übereinstimmung mit den deutschen Interessen. Diese laufen auf die Konstituierung der BRD (plus Frankreich) als HERRenhaus innerhalb der Festung Europa hinaus, die von einer in "konzentrischen Kreisen" gestaffelten Einflußzone umgeben ist, deren einzelnen Zonen verschiedene, auf die Interessen des HERRenhauses abgestimmte Funktionen zugewiesen werden. Im Umfeld zahlloser, nationalistisch aufgeladener Konflikte in Osteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR kann dieser Eskalationskurs nicht scharf genug angeprangert werden.

Mit dem angeblichen Friedensabkommen von Brioni näherten sich EG und USA dieser Politik an, was zur internationalen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens führte. Damit war der Krieg in Bosnien vorprogrammiert.

Allerdings sollte der Krieg in kontrollierbaren Bahnen verlaufen, regional eingrenzbar bleiben, keine negativen Rückwirkungen haben (Abschottung gegenüber Flüchtlingen) und ein gewisses Maß militärischer Mittel nicht überschreiten. So entpuppen sich die verschiedenen angeblich "friedenserhaltenden" Eingriffe des Westens als flankierende Maßnahmen dieser Politik und Instrumente indirekter Kriegsführung: So trafen die Waffen- und Handelsembargos (Mai/Juli 1991) zwar die Lebensgrundlage der Bevölkerung, schwächten die Opposition und gaben dem Regime die Legitimation für Ausnahme- und Notstandsmaßnahmen, berührte aber kaum die zur Kriegsführung nötigen Ressourcen. Die Stationierung von UNO-"Blauhelmen" (ab Anfang 1992) hatte den Effekt, Truppen für andere/neue Kriegsgebiete freizusetzen und damit den Krieg auszudehnen. Auf die von der UNO gleichzeitig eingerichteten "Schutzzonen" werden wir noch gesondert eingehen. Das von der UNO verhängte Flugverbot über Bosnien (Oktober 1992) war von vornherein praktisch irrelevant, da in Bosnien fast ausschließlich Bodenwaffen eingesetzt wurden. Es dokumentierte vielmehr die Bereitschaft des Westens, den Krieg bis hin zu einer gewissen Obergrenze militärischer Mittel zuzulassen. Gleichzeitig wurden für den Fall des Falles Pläne eines militärischen Eingreifens ausgearbeitet und einzelne militärische Angriffe durchgeführt. Die Kriegsdrohung durch die westlichen Großmächte beschränkte sich jedoch im Großen und Ganzen ebenfalls auf die Absicherung der kontrollierbaren Grenzen des Krieges.

Diese Politik der Moderierung und regulierten Eskalierung des Krieges spiegelt sich noch deutlicher in den "Bosnienverhandlungen" und "Friedensplänen" von EG und USA wieder:

So hatten die serbischen, moslemischen und kroatischen Parteien in Bosnien Ende 1991 ein rassistisches "Konzept der Kantonisierung" durchgesetzt, wonach Bosnien in "ethnisch" definierte Kantone aufgeteilt werden sollte. Gleichzeitig wurde - zunächst noch auf dem Papier - versucht, die Grenzen der "Kantone" gegeneinander zu verschieben. Dies nahm die während des kroatisch-serbischen Konflikts bereits erprobte Vertreibungspolitik der "ethnischen Säuberungen" vorweg. Auf ihrer Konferenz in Lissabon (Februar 1992) griff die EG zum Entsetzen zahlreicher Menschenrechts- und Friedensgruppen dieses Konzept auf. Die Politik der "ethnische Aufteilung" und folglich die Praxis "ethnischer Säuberungen" wurden zur Grundlage aller weiteren Verhandlungen und "Lösungen" erhoben. Der Vernichtung eines Teils der Bevölkerung war damit seitens der EG der Weg frei gemacht. Damit rückte auch eine bevölkerungspolitische Neuordnung ins Zentrum der westlichen Bosnien-Politik. Die Zahl der Menschen, die diesem Prinzip zum Opfer fallen würden, war damals bereits mit etwa 2 Millionen Menschen überschlagsmäßig errechnet.

Während ab März 1992 auf EG-Konferenzen die Debatte um die "Kantongrenzen" forciert wurde, weiteren sich die Auseinandersetzungen in Bosnien aus. Dabei bezogen sich die militärischen Eroberungen unmittelbar auf die Verhandlungen, indem "Verhandlungsmasse" erobert oder "Ausgehandeltes" korrigiert wurde. Parallel dazu trieben EG und USA gegen den erklärten Willen der bosnischen Regierung die staatliche Unabhängigkeit Bosniens voran, was der serbischen wie der kroatischen Seite die endgültige Legitimation fürs Zuschlagen lieferte: Unmittelbar nach der Anerkennung Bosniens am 6.4. 1992, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Jugoslawien, begann, stellvertretend für die weitere Eskalation des Krieges, die Belagerung Sarajewos. Zur gleichen Zeit hatte die UNO mit der Stationierung von Blauhelm-Soldaten in den Kampfgebieten des kroatisch-serbisch Konflikts begonnen, was es beiden Regimes ermöglichte, Truppen nach Bosnien zu verlegen.

Die Aufteilung Bosniens entlang völkisch-nationalistische ummäntelter Frontlinien blieb bis heute Grundlage der westlichen Kriegsmoderation: Der Vance-Owen-Plan (4.1.93) sah die Aufteilung in 10 Provinzen vor. Er kam einerseits als Kompromiß zwischen der ethnischen Aufteilung und den inzwischen vollzogenen militärischen Eroberungen daher und erkannte damit auch die Ergebnisse der Vertreibungen und Massaker offiziell an. Gleichzeitig aber wurde die serbische Seite einseitig benachteiligt, was den Plan von vornherein unannehmbar machte. Als leicht voraussehbare Konsequenz setzten verschärfte Vertreibungen ein, um die im Plan gezogenen Provinzgrenzen zu verschieben. Diese richteten sich vor allem gegen die den Moslems zugedachten Provinzen. Im Mai 1993 erkannten EG und USA die neuen Eroberungen in einem neuen Plan offiziell an, teilten Bosnien zwischen Serbien und Kroatien auf und reduzierten die Gebiete für Moslems und alle anderen, die in die "ethnische Zuordnung" nicht hineinpaßten, auf zwei ghettoartige Reservate ("Schutzzonen").

Gleichzeitig wurde das (von der Bevölkerung isolierte) moslemische Regime in seinem eigenen Kriegskurs, der auch "ethnische Säuberungen" umfaßte, bestärkt. Allen voran forderte die BRD-Regierung die Bewaffnung der Moslems und setzte damit ihren Eskalationskurs konsequent fort. In der Folgezeit erreichten die rassistischen Vertreibungen und Massaker, von und gegen alle Seiten verübt, ihre brutalste Stufe.

Die *gemeinsame* Moderation und Regulierung des Krieges durch die imperialistischen Staaten ermöglichte es diesen, Methoden und Strukturen einer "Neuen Weltordnung" auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen, sie gegebenenfalls zu modernisieren oder neue zu schaffen und auszutesten. Dies belegt die Vielzahl der Entwicklungen auf internationaler Ebene: Militarisierung der UNO, weltweite Nato-Einsätze, militarisierte KSZE als europäische UNO, WEU als europäische Nato, deutsch-französisches Korps als Armee des europäischen HERRenhauses, Zusammenfassung vom alldem zu einem "System ineinandergreifender Strukturen". Diese Strukturen wurden teilweise ausdrücklich durch den Krieg in Bosnien legitimiert. Gleichzeitig kommen hier jedoch auch Konkurrenzverhältnisse der imperialistischen Staaten untereinander zum Vorschein: Der europäische Machtblock im Gegensatz zur USA; Deutschland als stärker gewordene Führungsmacht im europäischen Staatenverband usw.. Diese Konflikte wurden auch im Rahmen der gemeinsamen Moderation des Jugoslawien-Krieges ausgetragen (so warf die BRD als Schutzmacht Kroatiens der USA eine Unterstützung Serbiens vor, ähnlich demonstrativ produzierte sich die BRD in Abgrenzung von den USA als Pseudo-Schutzmacht der Moslems). Auch dies eskalierte den Krieg und verlängerte ihn bis heute.

"Ethnische Säuberungen", "Schutzzonen" und Flüchtlingspolitik

Um die Menschen in Jugoslawien und vor allem in Bosnien ging es hierbei niemandem, zumindest nicht, sofern es um ihren Schutz und ihr Überleben ging. Dies wird in der Politik der "UNO-Schutzzonen" und der Flüchtlingspolitik am deutlichsten, die mit der Praxis der "ethnischen Säuberungen" zusammenwirken.

Dabei fallen dieser Praxis vor allem diejenigen Menschen zum Opfer, die in der rassistischen Neuformierung der Gesellschaft keinen Platz haben, die sich dieser Politik widersetzen, die weniger leistungsstark sind und die Vertreibung nicht überleben, die alt oder krank sind oder schon immer ausgegrenzt waren (z.B. Roma).

Gleichzeitig wird ein Krieg gegen die Frauen geführt, der sich der Methoden der Vergewaltigung bedient (auch wenn Horrorberichte über Massenvergewaltigungslager sich inzwischen als zweifelhaft herausgestellt haben) und ihre gesellschaftliche Emanzipation zerstört. Auch ihre Macht, die sie aus ihrer Stellung in der Selbstversorgungslandwirtschaft bezogen, wird zerschlagen. Damit werden Strukturen zerstört, die nicht nur als "unproduktiv", da profitarm eingestuft waren, sondern aufgrund ihrer Autonomie auch eine Widerstandsbasis bildeten. Darüber hinaus stützen sowohl "ethnische Säuberungen" als auch der Krieg gegen die Frauen die zunehmend autoritären, rassistischen und patriarchalen Regimes: Die loyale Bevölkerung darf auf profitable Sieldungsplätze in den "ethnisch gesäuberten" Landstrichen hoffen. Und wer einen solchen materiellen Platz an der Sonne nicht bekommt, darf zumindest seine Männerpsyche befriedigen: Die zahllosen Männerbanden, die übers Wochenende an den Vergewaltigungen, Plünderungen und Vertreibungen teilnehmen, sprechen ebenso für sich wie der massive Anstieg sexueller Gewalt im Alltagsleben.

Somit rechnen sich die "ethnischen Säuberungen" ebenso wie der Krieg gegen die Frauen für beide Seiten: Für die Regimes im ehemaligen Jugoslawien ebenso wie für die westlichen Staaten, die nach der gewaltsamen Zerschlagung blockierender Sozialstrukturen auf eine Rationalisierung und Zurichtung der Gesellschaft in ihrem Sinne hoffen können. Folglich wurden und werden die Menschen, die dieser Praxis zum Opfer fallen, von den westlichen Staaten sich selbst und damit ihren Verfolgern überlassen. So lehnten die westlichen Staaten die Aufnahme von Flüchtlingen entweder ganz ab oder sagten die alibihafte Aufnahme minimaler Kontingente zu. Wenn Flüchtlinge aufgenommen wurden, so durften die Kriegsparteien nicht selten die für den Krieg benötigten Männer zuvor aussieben. Gleich-



zeitig schotteten die europäischen Staaten die Grenzen ab und errichteten so eine Art eisernen Vorhang um das Kriegsgebiet. Innerhalb dieses eisernen Vorhangs wurde es hingenommen, daß etwa von Kroatien aus bosnische Flüchtlinge in Länder der "Dritten Welt" exportiert oder direkt ins Kriegsgebiet deportiert wurden. Solche Deportationen in den Krieg wurden zunehmend auch von den Aufnahmeländern praktiziert. Die jüngsten Pläne der BRD, Flüchtlinge über den Umweg über Rumänien ins Kriegsgebiet abzuschieben, liegen ganz auf dieser Linie.

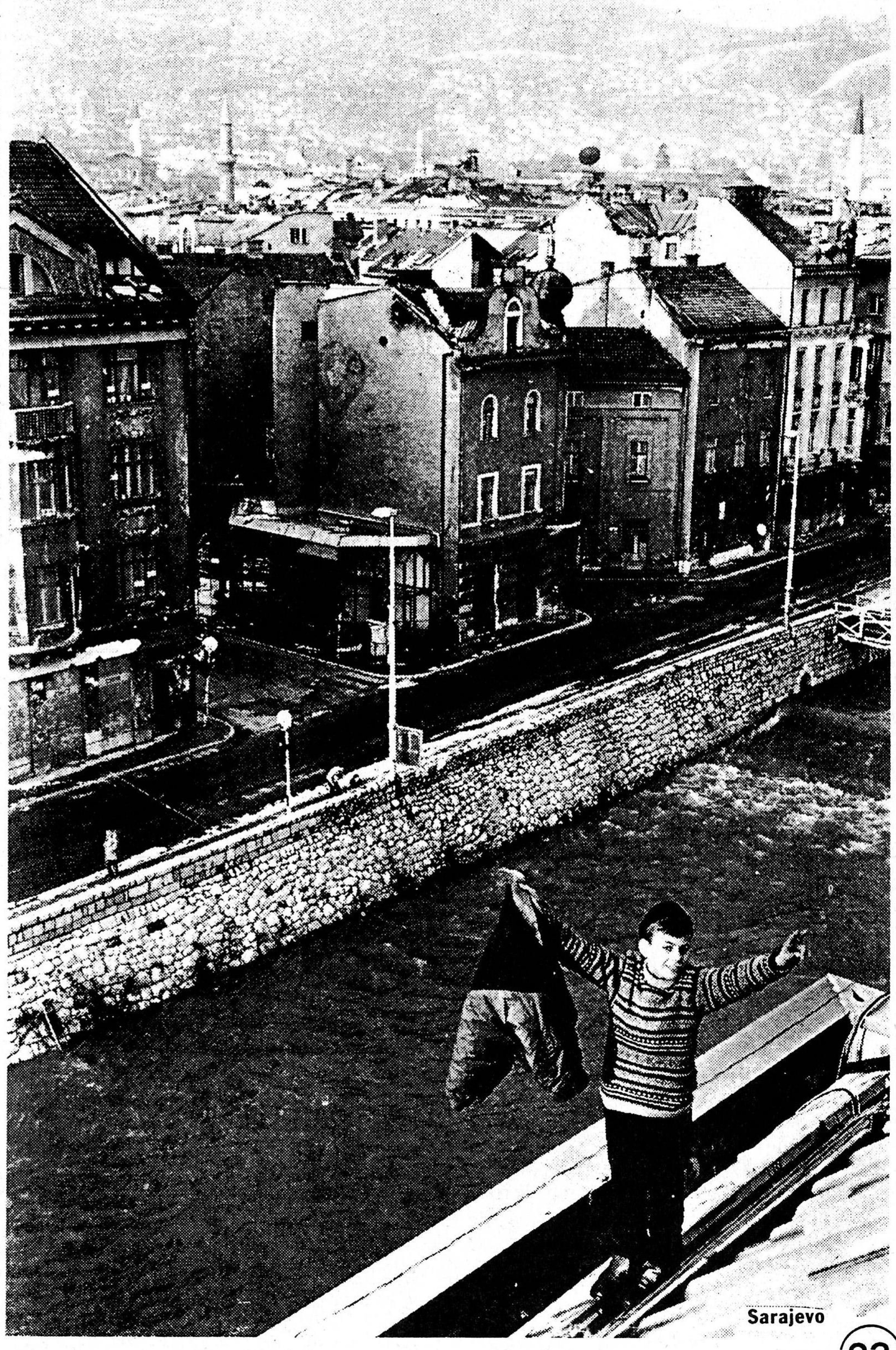
Vielmehr ist den Flüchtlingen ein anderer Platz zugedacht: Von der UNO eingerichtete "Schutzzonen" im Kriegsgebiet oder in dessen unmittelbarer Nähe. Ab Mai 1993 waren zunächst 6 bzw. 8 bosnische Städte (Bihac, Gorazde, Maglaj, Mostar, Sarajewo, Srebrenica, Tuzla und Zepa) zu solchen Zonen erklärt worden, bevor schließlich das gesamte Gebiet der moslemischen Bevölkerung auf zwei solcher Reservate reduziert und damit eine gesamte Bevölkerungsgruppe faktisch interniert wurde. Dabei ist der Name "Schutzzonen" irreführend, denn ein Schutz der Flüchtlinge wurde in diesen Reservaten nicht gewährleistet. Vielmehr hielten die Kriegsparteien nicht selten selbst die Fluchtwege aus den "ethnisch gesäuberten" Zonen in die Reservate frei, um die Menschen dort zu konzentrieren, zu belagern, zu bombardieren, auszuhungern, die übriggebliebenen erneut zu vertreiben und so fort. Die spektakulär vermarkteten Abwürfe von Hilfsgütern über den Reservaten dürften eher der humanitären Bemäntelung einer auch die Vernichtung einkalkulierenden Praxis gedient haben, als einer wirklichen Hilfe. Um eine solche ist keiner der beteiligten Seite gegangen. Im Gegenteil: Das Konzept "Schutzzonen & Abschottung" wurde zu einem Modell, das auch anderenorts angewandt werden kann, wenn Menschen durch Krieg, Verfolgung oder schlicht und einfach aufgrund bevölkerungspolitischer Programme als "überschüssig" eingestuft und nirgendwo anders verwertet werden können.

Heimliche Siege

Fassen wir die Ergebnisse von mehr als zwei Kriegsjahren zusammen, so ergibt sich eine sowohl aus Sicht der ex-jugoslawischen Regimes, als auch aus imperialistischer Sicht positive Bilanz. Die imperialistischen Staaten haben ihre Fähigkeit, Krieg in bestimmten Grenzen zu regulieren, zu moderieren, gegebenfalls zu eskalieren und sich gleichzeitig vor allen unerwünschten Folgen abzuschotten, bewiesen. Der Krieg wurde damit einmal mehr zum dosiert einsetzbaren Instrument der Politik gegenüber abhängigen Staaten. Die ex-jugoslawischen Regimes selbst konnten ihre Herrschaft auf der Basis einer militärisch zerschlagenen und unter nationalistischen, rassistischen und patriarchalen Eckwerten neu formierten Gesellschaft absichern und sich zu Regionalmächten aufschwingen, die ihren Machtbereich gegeneinander nun weitgehend ausgekämpft haben. Damit wird eine stabile Neuordnung im Sinne der westlichen Interessen greifbar. Anstelle der durch Krieg und rassistische Vertreibungen vernichteten Selbstversorgungswirtschaft können nun die gewünschten Rationalisierungen durchgeführt werden. Die Opfer dieser Rationalisierungen sind bereits diszipliniert, vertrieben oder vernichtet. Die Produktionskosten wurden während des Krieges in einem Maße gesenkt, daß zuvor völlig undenkbar erschien. Die von Frauen geleistete Produktions- und Reproduktionsarbeit wurde nahezu vollständig entwertet. Die alten IWF-Auflagen sind mehr als erfüllt, die Blockade der Weltmarktzurichtung ist gesprengt. In kürzester Zeit wurde die Transformation zu kapitalistischen Lakaienstaaten vollzogen. Zwar blieben in Serbien formal sozialistische Strukturen bestehen, doch wäre es besser, auch hierbei von einer Art kriegskommunistischen Kapitalismus zu reden. Die neuen rassistischen Ideologien lassen soziale Widersprüche als naturgegebene, unabänderliche Tatsachen erscheinen. Die sozialen Widerstandsbewegungen der Vorkriegszeit wurden entweder integriert oder zerschlagen. Das gleiche gilt für die starke, republikübergreifende, antirassistische Friedensbewegung. So konnte sich der Widerstand während des Krieges oft nur noch in Flucht und Desertion artikulieren, wobei in manchen Landesteilen bis zu 80 Prozent der Einberufenen und Reservisten untertauchten oder emigrierten. So wird es keinen Frieden geben, selbst dann nicht, wenn der Krieg in Jugoslawien nicht mehr gebraucht wird. Der Krieg wird als struktureller Krieg gegen die Bevölkerung die Normalität im ehemaligen Jugoslawien bestimmen, auch wenn die Waffen schweigen. Kein Grund zur Freude, sollte dieser Punkt nun erreicht sein. Im Gegenteil. *to*

(Dieser Artikel beruht hauptsächlich auf dem Buch: "Die Ethnisierung des Sozialen", erschienen im Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, 1993.)

AUS : Ein Loch in der Zensur Nr.42 7.04.94



Sarajevo

Keine Täterentlastung!

Die in der Interimausgabe Nr.268 veröffentlichten Thesen zu »Flüchtlingen und Illegalität« unternehmen den Versuch, die Abschaffung des Asylrechts auf die Lohnkämpfe in der BRD zurückzuführen. Anknüpfend an die These von Karl-Heinz Roth (siehe die Zusammenfassung in der Interim 255, im Artikel »Das Proletariat kehrt zurück«), daß weltweit eine tendenzielle Angleichung der Bedingungen der ArbeiterInnenklasse stattfinde, die auch an Westeuropa und der BRD nicht vorbeiginge, werten die Autoren die Abschottung der EG-Außengrenzen als den Vorstoß des Kapitals, eine Lohnsenkung und Verschärfung der Arbeitsbedingungen für die arbeitende Klasse *innerhalb* der »Metropolenstaaten« durchzusetzen. Im Text heißt es: "Genau das ist der eigentliche Hauptzweck der Asylrechtsabschaffung: die ***Differenzierung*** des tariflichen Arbeitsmarktes und des »Sozialen Netzes«."

Die Verlierer des rassistischen Umbaus der hiesigen Gesellschaft säßen demnach ebenso hier in der BRD selbst, auch wenn dieser Zusammenhang den meisten ArbeiterInnen noch nicht bewußt geworden sei. Die eigentlichen Opfer der ausländerInnenfeindlichen Angriffe seien letztendlich auch dieselben, die aufgrund einer verblendeten faschistoiden Ideologie die Pogrome des wiedervereinten Deutschland beklatscht haben.

Die Hauptthese des Artikels "Zu Flüchtlingen und Illegalität" ist, daß es dem Kapital durch die Förderung von "latent in der Bevölkerung existierendem Rassismus" - als "altbewährtem Spaltungsinstrument"- gelingt, eine "Solidarisierung" zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu verhindern, indem eine Hierarchisierung der Sozialstruktur durchgesetzt wird. Die Argumentation hinkt an der Stelle, wo Rassismus als nur latent vorhandene irrationale Ideologie dargestellt wird, die in ihrer Stoßrichtung sogar gegen das Interesse der "weißen" Arbeitsbevölkerung verstößt. Rassismus sei also ausschließlich ein Instrument einer im Interesse des Kapitals stehenden Politik. Heiner Möller hat in einem Artikel über »Die Linke und die soziale Frage« (siehe gleiche Interim-Ausgabe) auf die Schwächen einer solchen Argumentation eindringlich hingewiesen, die das "rassistische Potential" in der Bevölkerung durch einen sozialrevolutionären Ansatz zu überwinden sucht. Er zeigt auf, daß eine rein antikapitalistische Politik nicht unbedingt im Widerspruch zu einer nationalen Einstellung stehen muß.

Tatsächlich ist eine Argumentation, die den eigenständigen Charakter des Rassismus nicht ausreichend in Betracht zieht, blauäugig und läuft in der Konsequenz auf eine Anerkennung des rassistischen Status Quo hinaus. Wie eine einfache Umdefinierung der nationalen Frage in eine soziale Frage durch die Linke auf eine Übernahme der rassistischen Interessen großer Teile der Bevölkerung hinauslaufen kann, soll im folgenden kurz skizziert werden.

Unzweifelbar findet seit Jahren innerhalb der fortgeschrittensten Industriegesellschaften ein Abbau von Sozialstaatlichkeit statt, der marktwirtschaftliche Selbstregulierungsmechanismen an die Stelle von schwerfälligen planungsstaatlichen Elementen setzt. Der Markt, so wird gefordert, müsse wieder vermehrt entscheiden können, was vernünfig ist und was nicht. Durchgesetzt werden konnte diese sogenannte »Deregulierungspolitik« über das Schreckgespenst der sinkenden internationalen Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaft. Nur wenn der Export stimme, könne auch der soziale Standard gehalten werden, so die Argumentation der herrschenden Politiker. Der Standort Deutschland stünde zur Diskussion.

Während in den 70er Jahren noch die Gewährung sozialer Minimal-Absicherung auf der Grundlage einer Übereinkunft zwischen den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Politikern nahezu "plansstaatlich" verwirklicht wurde, ist die Finanzierung eines solchen Modells in eine Krise geraten. Der Markt solle flexibel die Funktionen des Sozialstaats übernehmen und dabei die betroffenen Individuen stärker zur Eigeninitiative anhalten: »Leistung müsse sich wieder lohnen«. Die soziale Gliederung der Gesellschaft soll deshalb nach Leistungskriterien umgestaltet werden.

Auf der Seite der betroffenen sozialen Gruppen besteht ein materialles Interesse, die bisherigen Privilegien der »Sozialpartnerschaft« zu verteidigen. Doch zugunsten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie haben sich die Bedingungen für die Neuauflage eines solchen Modells verschlechtert. Die Verlagerung von deutschem Kapital ins Ausland wird deshalb immer wieder angedroht.

Eigentlich wäre gegen einen Kapitaltransfer in sogenannte »Billiglohnländer« nichts einzuwenden. Eine gerechte Verteilung von weltweit zur Verfügung stehendem Kapital und Ressourcen auf alle Länder wäre zumindest im reformistischen Rahmen eine sinnvolle Forderung. Wo heute die Herstellung von konkurrenzfähigen Waren große Kapitalmengen voraussetzt, ist der internationale Kapitaltransfer das A und O einer "gerechten" Entwicklungspolitik. Denn nur dort, wo Kapital investiert wird, werden auch Arbeitsplätze geschaffen, die wiederum die Voraussetzung von Lohnkämpfen sind. Wer nun behauptet, die Verlagerung von Produktionsstätten in den Trikont würde dort nur die Ausbeutung verschärfen, bedient sich einer Notlüge. Denn nachdem die Bedingungen für eine unabhängige Produktion nahezu weltweit zerstört wurden, gibt es für die meisten Menschen heute keine Alternative mehr zur Arbeit in kapitalistischen Betrieben. Und wer für die sog. Entwickungsländer ein Zurück zur Subsistenzproduktion fordert, wie es in manchen romantischen Vorstellungen gewünscht wird, übergeht in der Regel das Bedürfnis der dortigen Bevölkerung, ebenfalls an den »Segnungen« der industriellen Revolution teilzuhaben, wie es für uns selbstverständlich ist.

Daß es sich beim »Modell Deutschland« um einen im internationalen Vergleich priveligierten Wirtschaftsstandort handelt, mag wohl niemand bezweifeln. Das allgemeine Lohnniveau liegt zwar um ein zig-faches über dem der meisten Länder der Welt - ArbeiterInnen in der BRD erhalten allein das 100fache an Lohn, verglichen zum Beispiel mit denjenigen in der ehemaligen Sowjetunion. Aber trotz dieser hohen Lohnkosten ist es wirtschaftlich kaum rentabel, in diesen Gebieten zu investieren. Die Produktivität in einem entwickelten Industrieland wie der BRD ist eben unter dem Strich doch höher, als die in den sogenannten Billiglohnländern.

Dem abstrakten Kapital, das als überschüssiger Wert zu einer weiteren Verwertung drängt, ist der (nationale) Standort relativ egal. Hauptsache, das Kapital wird lukrativ investiert. Ob die ArbeiterInnen schwarz oder weiß, Männer oder Frauen, Erwachsene oder Kinder sind, spielt für die auf Gewinn ausgerichtete Produktion zunächst überhaupt keine Rolle. Die Hauptsache ist, die erledigte Arbeit wird zufriedenstellend und kostengünstig erledigt. Deswegen sind nationalstaatliche Grenzen für die optimale Erwirtschaftung von Gewinnen nur bedingt erforderlich. Dort, wo eher eine größere Konkurrenz zur Belebung des Marktes angestrebt wird, um etwa die Löhne zu drücken, ist sogar der Wegfall von nationalstaatlichen Grenzen wünschenswert (siehe EG-Einigungsprozeß). Vor diesem Hintergrund erscheint es als sinnlos, durch eine verschärfte Ausländergesetzgebung und der Errichtung von Zollschranken den freien Austausch von arbeitsfähigen Menschen zu behindern. Die Diskussion um den »Wirtschaftsstandort Deutschland« läßt sich deswegen nicht einfach auf die Verwertungsbedürnfisse des Kapitals zurückführen.

Beim »Modell Deutschland« geht es vielmehr um einen nationalen Konsens, der die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts auf der Grundlage einer überbrachten internationalen Arbeitsteilung berücksichtigt. Die Wettbewerbsvorteile der BRD hängen im wesentlichen von den stabilen Bedingungen ab, unter denen produziert werden kann und dem enormen technologischen Vorsprung vor anderen Ländern. Der soziale Friede, wie es so schön heißt, ist zu einem wichtigen Standortvorteil geworden, insofern sich dadurch auch gleichzeitig eine Erhöhung der allgemeinen Leistungsfähigkeit erreichen ließ. Nur gut geschulte, gütgenährte und zufriedene ProduzentInnen erfüllen die Anforderung einer hochentwikkelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und sind auch noch obendrein kreativ.

Die stabile Zusammensetzung der BRD-Gesellschaft ist zu einem wesentlichen Teil auf die gelungene Integration der gößten Teile der Bevölkerung zurückzuführen, die unter anderem über die Beteiligung am erwirtschafteten Wohlstand erkauft ist. Die rasche Technologisierung der Industrie hat eine Produktivität ermöglicht, die eine solche Sozialstaatlichkeit finanzierbar gemacht hat, ohne gleichzeitig den Anschluß an den Weltmarkt zu verlieren. Technologisierung und Sozialstaatlichkeit waren insofern ein und das selbe Phänomen des Wachstumsmodells Deutschlands. Die nahezu im vorauseilenden Gehorsam vollzogene Verinnerlichung der geforderten Arbeitsmoral hat in Deutschland den Übergang ins industrielle Zeitalter erheblich beschleunigt.

Die Ziehung von Grenzen, wie etwas zwischen schwarz und weiß oder Mann und Frau, ist hier nun deshalb notwendig, weil eine schrankenlose Ausweitung eines solchen Entwicklungsmodells weder notwendig, noch wünschenswert war, denn nach wie vor gilt nachtürlich, daß einerseits die allgemeine ökonomische Konkurrenzfähigkeit und andererseits die Qualität der Sozialstaatlichkeit durch daurch bedingte "Unkosten" geschmälert werden würde. Zusammenfassend läßt sich deswegen sagen, daß sich ein solches Entwicklungsmodell, wie es oben beschrieben worden ist, nur durchsetzen läßt, wenn ideologisch begründet werden kann, welche Menschen nach welchen Kriterien die Berechtigung haben, an einem solchen Wachstumsmodell teilzuhaben. Ob nach rassistischen, sexistischen oder nationalistischen Kriterien die Grenzen der »Wachstumsgemeinschaft« festgelegt werden, ist dem Kapital relativ egal, und deswegen vor allem das Produkt von Verteilungs-Kämpfen, in denen es sozialen Gruppen gelingt, ihre Priveligierung erst zu rechtfertigen und dann zu verteidigen. Ein solcher Kampf vollzieht sich sowohl auf internationaler Ebene, als auch zwischen sozialen Gruppen innerhalb nationalstaatlicher Grenzen.

Im Angesicht der vielfach verschärften Ausbeutungsbedingungen ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten priveligierten Schicht des weltweiten ökonomischen Systems zu einer Überlebensfrage geworden. Die (rassistische, nationalistische und sexistische) Verteidigung von Privilegien ist umgekehrt kein Hirngespinst irregeführter Fanatiker, sondern die reale Grundlage von relativem Reichtum. Die Stellung im allgemeinen Klassensystem hängt unmittelbar davon ab, wie es bestimmten Gruppen gelingt, ihre Sonderstellung ideologisch zu legitimieren. Nationalstaatliche Grenzen zu begründen ist gegenüber von Ausgrenzungen auf der Basis von optisch leicht erkennbare Merkmalen, wie schwarz oder weiß und männlich oder weiblich, ein schwieriges Unterfangen. Denn warum sollten gleiche Menschen unterschiedlich behandelt werden? Die ideologische Konstruktion von Ungleichheit anhand von leicht erkennbaren Merkmalen steht deswegen im Mittelpunkt der Strategie, durch Ausgrenzungen Wohlstand zu erlangen.

Die Diskussion um das »Modell Deutschland« kann von diesem Zusammenhang nicht getrennt werden. Die Pogrome von Rostock, Hoyerswerda, Mannheim und jetzt auch Magdeburg sind der reale Ausdruck davon, daß der alte soziale »Konsens« aufgekündigt worden ist, auf dessen Grundlage die Gesellschaft sozial gegliedert wurde und nun im Kampf ein neuer gefunden werden soll, der eine höhere Leistungsfähigkeit aufweist. Die Angst der deutschtümelnden Bevölkerung vor einer grenzenlosen Welt, die Furcht der Männer vor der Gleichberechtigung von Frauen, der Haß der weißen Proletarier vor der schwarzen Konkurrenz zehrt aus jener Erkenntnis, daß der "historisch errungene" soziale Status, den es nun zu verteidigen gilt, auf einer Zufälligkeit beruht.

Die "proletarische Interessen" der deutschen Erwerbsbevölkerung sind solange vor allem rassistische Interessen, wie die Aufrechterhaltung der internationalen Ausbeutungsverhältnisse nicht angetastet wird. Das "Proletariat" in Deutschland, so kann jetzt schon für eine Neuauflage der proletarischen Politik gesagt werden, wird auch in Zukunft keine Anstrengungen unternehmen, seine privilegierte Stellung im internationalen Vergleich aufzugeben. Viel eher wird es die Bemühung der politschen Vertreter dieser Klasse sein, die "Sozialpartnerschaft" fortzusetzen und sie durch ein positives Verhältnis zur Nation nach außen hin zu verteidigen.

Hier verwundert es dann auch nicht, daß zum Beispiel die Gewerkschaften in vorderster Front die laufende Kampagne gegen Schwarzarbeit unterstützen, weil sie erkannt haben, daß Billiglohnkonkurrenz dem "deutschen" Lohnniveau schadet. Es ist eben nicht so, wie in den Flüchtlingsthesen behauptet, daß die rassistische Ausgrenzung von ArbeiterInnen und ihre Abdrängung in illegale Beschäftigungsverhältnisse auf eine Verschlechterung des Lohnniveaus hinausläuft (was eigentlich eine internationale Angleichung bewirken würde). Schwarzarbeit und billige Arbeitskräfte aus dem Ausland bedrohen unmittelbar die Sonderstellung der

deutschen Arbeitsbevölkerung. Der Hauptzweck der Asylrechtsabschaffung ist es deswegen, eine ***weitere Differenzierung*** des tariflichen Arbeitsmarktes und des »Sozialen Netzes« zu verhindern.

Die Diskussion um das »Modell Deutschland« setzt da an, wo deren Nutznießer eine Identifizierung mit dem allgemeinen Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschlands fordern. Natürlich ist es auch das Ziel der herrschenden Politk, den Verlierern der Umstrukurierungen den schmerzhaften Umbau der Gesellschaft mit nationalen Ideen schmackhaft zu machen. Aber es entspricht eben auch dem eigenständigen Interesse großer Teile der Bevölkerung, ein positves Verhältnis zum Wirtschaftsgebilde Deutschland zu etablieren. Eine solche neue Konstruktion des Nationalismus steht alten nationalstaatlichen Modellen nicht entgegen, die sich an Herkunft, Körpermerkmalen und Sprache orientieren, sondern profitiert geradezu von solchen "identitätsstiftenden" Merkmalen.

Aber wie heißt es doch so schön in der Zusammenfassung der Thesen von Karl-Heinz Roth:

"Sich auf das Proletariat zu beziehen und von ihm aus eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, bedeutet auch, es als treibende Kraft in den Prozessen der kapitalistischen Umstrukturierung auszumachen."

Inzwischen hat das Proletariat mehr zu verlieren als seine Ketten!

Anonyme Autonome

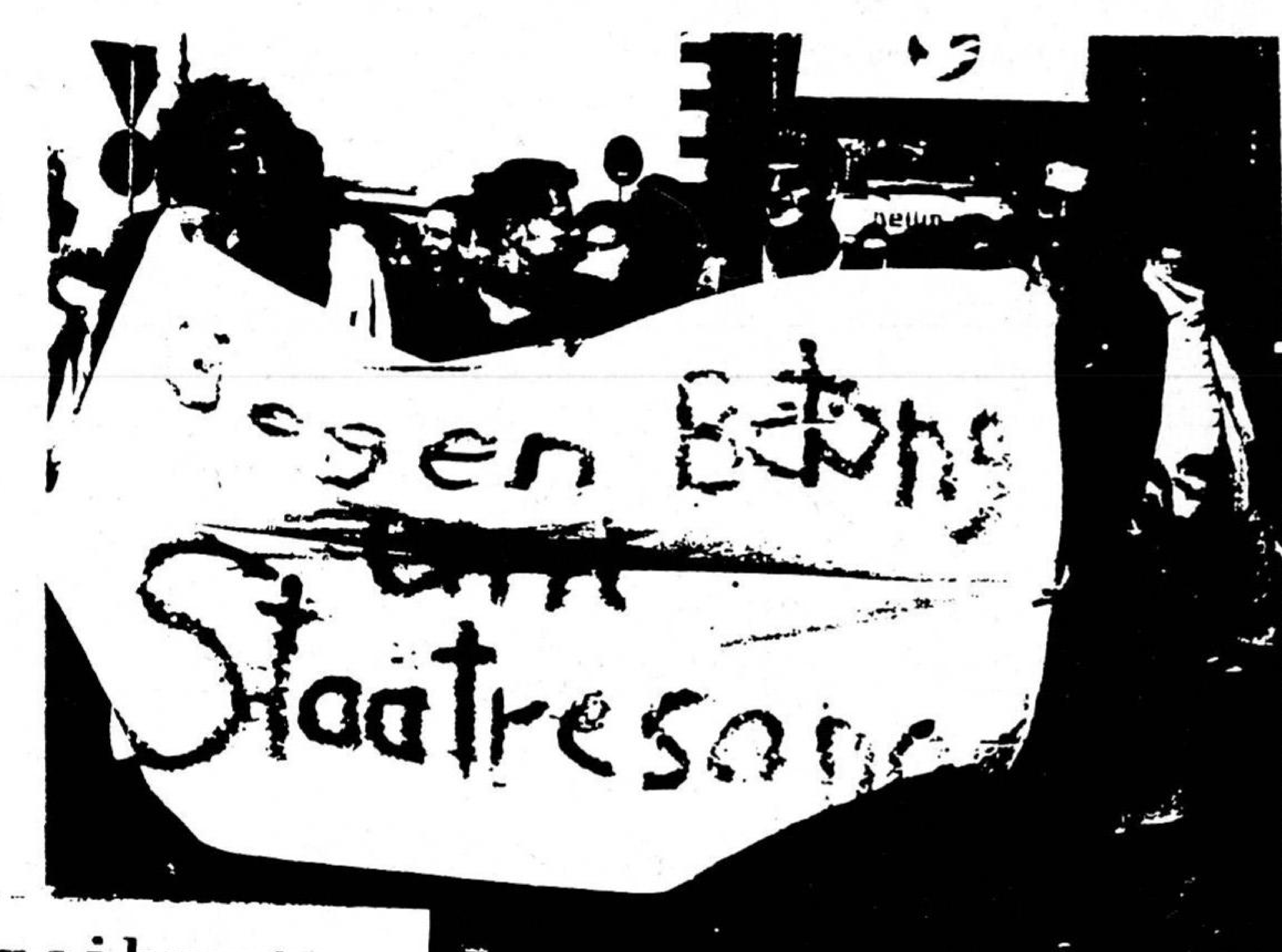
Trotz der Räumung des Hüttendorfes A 33 Trasse bleibt besetzt

Räumung des Hüttendorfes A 33

(üny)Am Dienstag morgen räumten circa 150 BereitschaftspolizistInnen das Anti-A 33-Hüttendorf in Dissen. In gewohnt rabiater Manier wurden auch in Dissen Bauwagen beim Abtransport lädiert, persönliche Wertsachen und Dokumente verschwanden schon zwei Stunden nach Räumungsbeginn unter der Schaufel der Planierraupe, die sofort das Hüttendorfgelände für die A 33-Trasse planierte. Trotz der Übermacht von 150 PolizistInnen gegenüber 6 Leuten aus dem Hüttendorf wurden die BesetzerInnen teilweise geschubst und aus der Haupthütte gezerrt, gefolgt von den Schikanen bei der nachfolgenden ED-Behandlung. Zu allem Überfluß wurden die Bauwagen noch mit Reizstoffen behandelt.

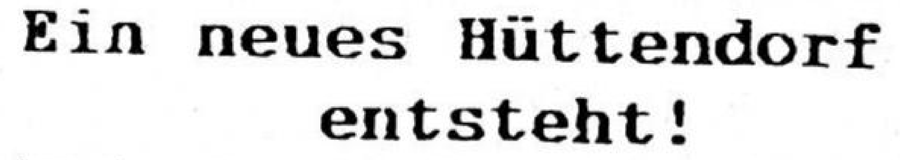
Übrigens: Bei der Räumung sind viele Wertsachen kaputtgegangen oder verschwunden. Eventuelle Prozeße und die politische Arbeit kosten auch viel Geld. Deshalb sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Spendenkonto: Kreissparkasse Halle, KontoNr. 6514384, AG gegen A 33, BLZ: 48051580

Kontaktadresse: Hüttendorf c/o D. Rahmann, An der Bundesstr. 19, 33829 Borgholzhausen.



Wegbeschreibung: (neues Hüttendorf)

Auf der A 2 bis zur Abfahrt Bi-Sennestadt, dann die B 68 Ri Osnabrück bis Dissen, li. ab nach Bad Rothenfelde, bis zum Bahnhof Dissen/Bad Rothenfelde, dort kurz vor den Bahnschienen den kl. Weg re. rein, nach 150 Metern: Hüttendorf. Buslinien Nr 62 und 88 von Bi Hbf oder mit Zug direkt zum Bhf Dissen/ Bad Rothenfelde. Von OS Hbf mit Linie Nr 402 nach Bhf Dissen/ Bad Rothenfelde.



Ein neues Hüttendorf entsteht!

Direkt im Anschluß an die Räumung gab es eine geschlossene und entschlossene Protestdemo in Dissen. Auch hier gab es wieder doppelte Stärke von Seiten der Polizei, die inzwischen den gesamten Ortsteil Dissen Erpen mit grün-weiß überzog und observierte. Trotzdem... die Demo setzte eine 15 Minütige Vollblokkade durch, in der Folge ging eine Stunde nichts mehr auf der B 68 und dann gingen wir zusammen zum neuen Platz auf der A 33 Trasse, dessen Besetzung dann aber trotz weiterer Polizeiprovokationen durchgesetzt wurde. Inzwischen stehen dort Zelte und Wagen und es ist mit der Errichtung von neuen Hütten begonnen worden. Begleitend dazu finden in den nächsten Tagen Blockaden in Dissen statt. Diesmal werden wir es der Staatsgewalt nicht so leicht machen, uns von dem neuen Platz zu vertreiben.



Es reicht! Keine Räumung mehr!
Besetzte Plätze, Häuser, Hüttendörfer, Wagenburgen bleiben alle! Stop A 33!

Presseerklärung

Dissidente Subsistenz als alternative Lebensform? BUKO Fachtagung zur Diskussion einer gesellschaftlichen Perspektive vom 10. - 12. Juni 1994 in Wuppertal

Angesichts der kapitalistischen Krise, der damit verbundenen zunehmenden sozialen Verelendungen weltweit und insbesondere im Trikont; mit dem Wissen über die anhaltende ökologische Zerstörung durch die Industrieländer und der zunehmenden rassistischen, antisemitischen und sexistischen Gewalt ist es klar, daß es so nicht mehr weiter gehen kann!

Mit der Wut über die HERRschenden Verhältnisse und mit dem Bedürfnis nach einem Leben jenseits patriarchalisch-kapitalistischer Herrschafts- und Verwertungsinteressen wollen wir die Diskussion über eine gesellschaftliche Perspektive führen, die quer zu den ökonomischen und kulturellen Spaltungslinien und der "linken" und feministischen Systemopposition verläuft, um einen gemeinsamen Diskussions- und Aktionszusammenhang zu finden.

Den theoretischen Ausgangspunkt der Fachtagung bildet der feministische Subsistenzansatz, wie er seit den frühen achtziger Jahren insbesondere von den Sozialwissenschaftlerinnen Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen entwickelt wurde. Alle drei Frauen sind eingeladen. Maria Mies hat ihre Teilnahme bereits zugesagt. Eine wesentliche These des Ansatzes der drei Soziologinnen ist, daß der Kapitalismus für sein Funktionieren den Trikont, die Frauen und die Natur als seine Kolonien braucht, insbesondere die überwiegend von Frauen verrichtete Subsistenzarbeit. Insofern sind Ansätze die über eine "nachholende Entwicklung" oder eine ökologische Reformierung der Industriegesellschaft nachdenken für uns nur Scheinlösungen, die von den eigentlichen Problemen ablenken sollen.

Uns geht es vielmehr um den Versuch, ein Leben außerhalb der kapitalistischen Geld/Warenbeziehungen und Arbeitsteilung zu führen. Und zwar im Sinne einer politischen Orientierung, die als *Austrocknen des Systems* bezeichnet werden kann und als Chance, selbstbestimmte Lebens- und Arbeitszusammenhänge aufzubauen, welche dann nicht mehr auf Ausbeutung und Unterdrückung basieren.

Wie dies alles praktisch umzusetzen ist, darüber wollen wir auf der Fachtagung mit den Subsistenztheoretikerinnen, Projekten und Initiativen, die kollektiv und selbstorganisiert arbeiten und sich nicht mit der kapitalistisch-patriarchalen Realität abfinden wollen, diskutieren. Die Fachtagung dient dazu die gesellschaftspolitische Isolation der Projekte zu durchbrechen und die Bedeutung des Aufbaus kollektiver Selbstversorgungsstrukturen in den Industrieländern zu unterstreichen und nicht zuletzt eine politische Vernetzung anzustreben.

Es muß verhindert werden, daß auch dieser Versuch eines politischen Neuansatzes wieder zu einer männlich dominierten, weißen Mittelschichtsangelegenheit wird, daher sind MigrantInnen- und FeministInnenorganisationen sowie Arbeitslosen- und Obdachloseninitiativen eingeladen, um ihre Perspektive einzubringen.

Im Rahmen der Fachtagung werden auch öffentliche Veranstaltungen angeboten.: Am Freitagabend (10. Juni) haben wir Veronika Bennholdt-Thomsen angefragt, ob siein einem Vortrag über ihr gerade abgeschlossenes Forschungsprojekt zu den Chancen des Aufbaus und der Aufrechterhaltung "kulturell eigenständiger, matriarchaler Subsistenzproduktion in stark weltmarktintegrierten Regionen" am Beispiel der mexikaischen Stadt Jucitan berichtet. Zu einer Podiumsdiskussion am Samstagabend (11. Juni) haben wir Claudia von Werlhof, Jutta Ditfurh, Shala Blum von Südströmungen und eine Vertreterin der Initiative Schwarze Deutsche eingeladen. Sie sollen gemeinsam aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Tragfähigkeit des Subsistenzansatzes als Perspektive kritisch diskutieren.

Wir laden alle Initiativen, Projekte, Kollektive - von Arbeitsloseninitiativen bis ZappatistInnen zu dieser Fachtagung ein.

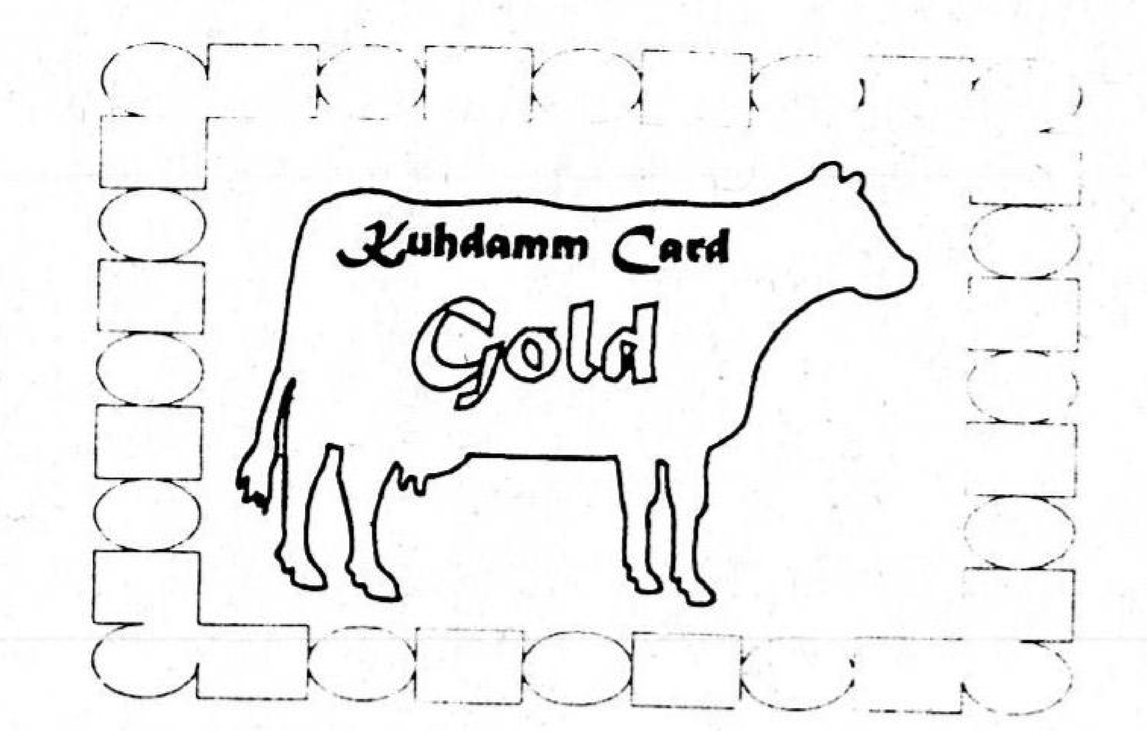
Anmeldung zur Fachtagung bis zum 1. Juni an: H.-J. Stolz, Hofaue 6, 42103 Wuppertal; der Beitrag kostet 50,- DM, bzw. nach Selbsteinschätzung.

Ausstehende Löhne: Arbeiter besetzten Kräne

Zwei Baukräne sind gestern in Tempelhof von Arbeitern besetzt worden, die die pünktliche Zahlung ihrer Löhne erzwingen wollten. Wie die Polizei mitteilte, sicherte die Bauleitung den aus England stammenden Arbeitern die umgehende Zahlung der Beträge zu. Daraufhin beendeten die beiden Arbeiter ihre Besetzungsaktion. Erst am Freitag hatten 15 Arbeiter aus Italien eine Baustelle und einen Kran im Bezirk Pankow besetzt, um ihrer Forderung nach pünktlicher Zahlung der Löhne Nachdruck zu verleihen.

Verteilt auf den Ku(h)damm-Aktionstagen

Kuhdamm AG 2000



Sehr geehrte Kuhdamm-Kundin!

Sehr geehrter Kuhdamm-Kunde!

Wir freuen uns, Ihnen den neuen **Kuhdamm Card** - Service vorstellen zu dürfen.

Die **Kuhdamm AG 2000**, ein Zusammenschluß am Kuhdamm ansässiger Geschäftsleute, möchte Ihnen auch für das kommende Jahrtausend Ihre Sicherheit und Ihre Bequemlichkeit für Ihre Einkäufe in einer entspannten Atmosphäre garantieren.

Als besonderen Service für unsere kaufwillige und zahlungskräftige Kundschaft führen wir die **Kuhdamm Card** ein. Mit der Einführung der **Kuhdamm Card** sind wir erstmals in der Lage, den Zugang zum Kuhdamm zu regeln und unseren solventen Kunden unangenehme Begegnungen zu ersparen! Das Betreten der allseits beliebten Einkaufsmeile wird an den Besitz einer persönlichen **Kuhdamm Card** gebunden sein.

Wenn Sie die umseitigen Fragen beantworten, können Sie mit der **Kuhdamm Card Silber** für bereits DM 100.- jährlich zum exklusiven Kreis der Kuhdamm-2000-Konsumenten gehören! Mit der **Kuhdamm Card Gold** für DM 1000.- dürfen wir Sie in Ihrem eigenen PKW empfangen, für den selbstverständlich ausreichend Parkraum zur Verfügung stehen wird.

Füllen Sie nun gewissenhaft den umseitigen Fragebogen aus und nach einer eingehenden Prüfung der Daten, die in Ihrem eigenen Interesse geschieht, können wir Ihnen dann hoffentlich mitteilen, daß Sie es geschafft haben und daß Sie sich schon bald zum Kreis der neuen und glücklichen Konsumenten zählen dürfen.

Auf die ersten 100 Antragsteller für die **Kuhdamm Card** warten wir mit einer kleinen Überraschung!

Mit freundlichem Gruß

Kuhdamm AG 2000

Ich beantrage die Ausstellung einer
Kuhdamm Card Gold

☐

Welche Zahlungsform bevorzugen Sie für Ihre Einkäufe?

- ☐ Bargeld
- ☐ Schecks
- ☐ Kreditkarte/n

Wieviel steht Ihnen davon für Konsumausgaben zur freien Verfügung?

- ☐ 1.000 DM bis 2.000 DM
- ☐ 2.000 DM bis 5.000 DM
- ☐ mehr als 5.000 DM

Ich beantrage die Ausstellung einer
Kuhdamm Card Silber

☐

Wie häufig besuchen Sie im Monat den Kurfürstendamm zum Einkaufen?

- ☐ weniger als 5 mal
- ☐ 5 - 10 mal
- ☐ mehr als 10 mal

Wie hoch ist Ihr monatliches Nettoeinkommen?

- ☐ 5.000 DM bis 10.000 DM
- ☐ 10.000 DM bis 20.000 DM
- ☐ mehr als 20.000 DM



MÄNGELLISTE

Kudamm-Konsum-Kontrolle für Ihre eigene Sicherheit

Berlin, den

Pflegezustand
- ○ Geruch
- ○ Frisur
- ○ Haut/Fingernägel
- ○ Wimperntusche verwischt

Allgemeiner Sicherheitszustand der Bekleidung
- ○ Fettflecken/Schmutzränder
- ○ Qualität
- ○ Modernität

Auffälligkeit
- ○ negativ ○ sehr neg ○ extrem neg
- ○ Artikulation/Haltung
- ○ Mitführen von konsumfeindlichen Gütern

Konsumverhalten
- ○ negativ ○ sehr neg ○ extrem neg
- ○ Sonstiges

Im Interesse Ihrer eigenen Sicherheit bitten wir Sie, die bestehenden Mängel umgehend zu beheben.
So können auch Sie schon bald stolze(r) Besitzer(in) der goldenen Kundenkarte sein!

Interessensgemeinschaft GLÜCKLICH EINKAUFEN in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für unbeschwerten Genuß

Frestival des Politischen Liedes hofiert die Neue Rechte

Was da am 13.05.1993 beim angeblich linken "Zwischenweltfestival des politischen Liedes" veranstaltet wurde, läßt an Perversion kaum noch Möglichkeiten offen. Unter dem Motto: "Keine Heimat - sind die Linken heimatlose Gesellen" waren Herren auf das Podium gebeten, die zu diesem Thema mit Sicherheit einiges sagen konnten. Allerdings nicht aus linker Position. Denn geladen waren **Graf v. Einsiedel**, den man als PDS-Kandidaten für den Bundestag auf den ersten Blick zur Linken zählen könnte. Er wurde in letzter Zeit vermehrt u.a. in seiner eigenen Partei wegen seiner nationalistischen Einstellung angegriffen (siehe dazu einen Artikel in "Konkret" 5/94). Da er abgesagt hat, blieben zwei Debattierende: Allerdings sagte Einsiedel aus Zeitgründen ab. **Wolfgang Templin**, ehemaliger DDR-Bürgerrechtler, heute Bündnis90/Grüne, der sich selbst nicht mehr zur Linken zählt, hat in letzter Zeit vor allem durch ein Interview in der Nazi-Postille "Junge Freiheit" von sich reden gemacht hat (siehe dazu "telegraph" Nr. 3/94). Schließlich noch **Herbert Ammon**, Dozent an der FU Berlin, der schon seit 10 Jahren gern und oft bei Veranstaltungen von Nationalrevolutionären gesehen wird. Templin und Ammon scheinen gute Bekannte zu sein. Wie sollte man sonst ihre herzliche, "man kennt sich"-Begrüßung und den liebevollen Schwatz vor der Veranstaltung deuten.

Das Thema liegt im Trend. Allerdings stellt sich die Frage, ob das fehlende Nationalgefühl der Linken im Moment wirklich eines der brisantesten Probleme der BRD-Gesellschaft ist. Die rassistischen Brandstiftungen und Pogrome in Mannheim, Rostock, Solingen und anderswo kamen weder von links, noch waren dort "heimatlose Gesellen" am Werk. Und daß man diese Brandstifter durch einen Nationalismus von links in die Gesellschaft (die sie nie verlassen haben) zurückholen könne, ist eine These, die dadurch, daß sie beständig wiederholt wird, nicht wahrer wird.

Nun hätte man den Veranstaltern Unwissenheit zubilligen können. Doch mitnichten. Zumindestens der Berliner PDS-Landesvorstand, der an der Organisierung des Festivals beteiligt war, wurde im Vorfeld der Veranstaltung vom antifaschistischen Bündnis Prenzlauer Berg ausreichend über die informiert, denen dort ein Podium geboten wurde. Zumindestens über ihren parteieigenen Bundestagskandidaten Einsiedel waren sie schon längst informiert. Doch der Vertreter der PDS übte sich vor und nach der Veranstaltung in schlechten Ausreden. Er hätte kein Einfluß, da er nicht an der Vorbereitung dieser Veranstaltung beteiligt sei, aber er werde es in der Mitgliederversammlung vorbringen. Das tat er wohl auch, nur eine öffentlichen Positionierung gegen die Mitorganisatoren traute er sich nicht.

Die direkten Verantwortlichen für diese Veranstaltung bezogen da schon eindeutiger Position. Sie ließen den etwa 30 Antifaschisten, die zu Beginn der Veranstaltung lautstark und durch Flugblätter ihren Protest artikulierten, die Tür. Mit Sprüchen wie: "wie könnt ihr es wagen diese Leute zu behelligen" und "Ihr wollt doch nur stören und nicht wie vernünftige Menschen diskutieren", stellten sie sich klar vor ihre neurechten Gäste. Der Mensch von der PDS stand daneben und zuckte "hilflos" die Schultern.

Welches Verhältnis die Organisatoren des ZwischenWelt e.V. zur Antifa haben, zeigte bereits im Vorfeld ein Zwischenfall, auf den in der "Interim" Nr. 280 hingewiesen wurde. Als ein Antifaschist am 8.4.94 ein Plakat für eine am nächsten Tag stattfindene Antifademo anläßlich des 20. April an die Häuserwand des Zwischenwelt e.V., Oderbergerstr. 28, kleben wollte wurde er von einem Mitarbeiter des Verein in Blockwartmanier abgewiesen und mit der "Begründung", daß hier nichts angeklebt wird, schon gar nicht ohne ihn zu fragen. Außerdem würde er "diesen Dreck" sowieso sogleich wieder abmachen und die Polizei holen. Als der Antifaschist darauf hinwies, daß doch die Stasi-Zeit seit 1989 vorbei sei, vertrieb der, nun noch aufgebrachtere Zwischen-Welt-Sheriff den Antifaschisten unter offensichtlich ernst gemeinter Androhung physischer Gewalt.

Auch auf dem sogenannten Antifa-Tag, am Tag nach der skandalösen Nazi-Veranstaltung, ein Hohn angesichts der neurechten Plauderei am Vortag, versuchten Mitarbeiter des Festes einen Antifaschisten zu behindern. Als der nämlich erneut Protest-Flugblätter verteilte wollte ihn ein Festmitarbeiter mit der Aufforderung: "Verlasse sofort diesen Ort" und der nachdrücklichen Untermauerung "Anweisung vom Vorgesetzten" des Festes verweisen. Ein zweiter Mitarbeiter beschimpfte den Antifaschisten mit den Worten: "Ihr habt doch gestern Euren Auftritt gehabt. Was wollt ihr denn noch. Wir lassen uns von Euch nicht unser Fest kaputt machen." Um dann mit den Worten : "Verzieht Euch doch in Eure Diskutierkammern" wutschnaufend von dannen zu ziehen. Allerdings muß man sagen, daß auch einige andere Mitarbeiter, so die Verantwortliche für die Markstände die Aktion des Antifas ausdrücklich billigten und unterstützten.

Die Ordnungsgruppe des Festes äußerte öffentlich Ihren Unmut und erklärten, daß sie diese Veranstaltung nicht vor etwaigen "Störern" schützen werde. Der Leiter der Gruppe legte schon im Vorfeld aus Protest sein Amt nieder .

Die Diskussion, die am 13. Mai stattgefunden hat, ist einer von vielen Hinweisen für die von der Neuen Rechten verfolgten, auf den gesamtgesellschaftlichen Erfolg zielenden Strategie: Rechte Inhalte sollen in neuer Form vermittelt werden und zwar am besten über Leute und Gruppen, die der Rechten gar nicht angehören, die sich vielmehr als "gute Demokraten" verstehen, sich aber nicht die Frage stellen, warum sie wann über was diskutieren: Den Nationalismus von links zu besetzen - diese Idee kommt von rechts. Denn dort weiß man, was Teile der Linken vergessen haben: daß eine auf Nationen und Nationalismus ausgerichtete Politik letztendlich immer auch eine rechte Politik ist. Somit ist nicht nur das Thema der Diskussion ist fragwürdig, sondern auch die Auswahl derjenigen, die dort diskutieren sollten.

Festzustellen bleibt: Ein Thema von fragwürdiger Relevanz, von dessen Diskussion die Vertreter einer progressiven Politik nichts, die Rechten aber eine weitere Etablierung ihrer Inhalte zu erwarten haben, - nicht von Linken diskutiert, sondern von zwei Leuten, von denen zumindestens einer in engem Kontakt zu reaktionären Kreisen steht und der andere mit ihnen sympathisiert.

Fest steht auch, daß die Veranstalter eben mit dem Schielen nach einem imaginären "linken" Nation- und Vaterlandsklimbim, wider besseres Wissen neurechten Ideologen und Sympathisanten ein Podium geboten haben.

Antifaschisten aus Prenzlauer Berg

essen im ex

Donnerstag 19 mai

Hähnchenschnitzel, Ratatouille, Reis 11,-

Buchweizenpfannkuchen, Ratatouille 10,-

Kartoffeln & Quark 6,-

Rumänien Veranstaltungsreihe in KAA 14

Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin

Do. Do 19.5. um 20.30 Uhr

Film von Herta Müller und Harry Merkle -DER FUCHS DER JÄGER-

VIDEO IM BANDITO ROSSO

Lottumstr. 10a
10999 Berlin

19.05.1994, 20°° Hitlerjunge Salomon, Spielfilm

Das jüdische Kind Salomon gerät in die Wirren des 2. Weltkriegs. 1939 wird er im sowjetisch besetzten Teil Polens Komsomlze. Als die Deutschen 1941 die SU überfallen, gerät er in die Hände deutscher Landser. Unerkannt wird er zum Liebling der Kompanie und ungewollt zum Kriegsheld. Der Kommandeur will ihn adoptieren und schickt ihn auf eine NS-Eliteschule. Dort wird es weitaus schwieriger, seine wahre Identität zu vertuschen.

Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin,
tel. 785 99 73 Beginn: jeweils 19.30 Uhr

Hans Schiler am Do 19.5.

Arabische Kultur in Berlin

Hans Schiler ist Mitbegründer der Buchhandlung "Das arabische Buch", dem auch ein Verlag angeschlossen ist. Er stellt in seinem Vortrag Aktivitäten und kulturelle Initiativen von AraberInnen in Berlin vor, die jenseits von konsumierbarer Folklore liegen. In unserer Stadt existiert eine arabische Kultur, deren Literatur, Musik und eigene Medien ein neues Gewicht durch die Einflüsse der westlichen Großstadt Berlin erhält, die zu kennenlernen es sich lohnt. Rassismus ist auch eine Form von Unwissenheit.

Anarchistischer Medienladen BARBATA im El Locco Café

BARBATA -Treff!

Treffen und Info zum anarchistischen Medienladen Barbata. Interessierte Menschen die sich informieren wollen oder mitmachen wollen sind willkommen.

Freitag, den 20.05.1994 ab 20.00

20.30 Do 19.5.

VIDEOKINO im K.O.B.
" TAXIDRIVER "

Fr 20.5.

PROZEß WG. 1 MAI DEM 92
EIN ANTIFASCHIST AUS HAMBURG
IST ANGEKLAGT
FREITAG, 2o.o5.94, 12h, RAUM310
AMSTGERICHT TIERGARTEN
KOMMT ALLE SOLIDARITET IST EINE WAFFE

20.5. Köpi 137

SOLI-PARTY FÜR DIE ♀♀ AUS DER 80 VH Rigaer Str.

22°°
FILME
*
Live
HIPHOP
*
DISCO

Fr 20.5.



Fr 20.5.

VV zur bundesweiten Antifa- Demo
Fr. den 20.Mai 1994 18 Uhr,
Versammlungsraum - Mehringhof-
Gneisenaustr.2a 10965 Berlin

Samstag, 21.5.
KINDERBAUERNHOF
MAUERPLATZ
BENEFIZ-KONZERT
Buba Jammeh, Mark Assamoah,
Young Notes, Hirn, Testers,
Terrorgruppe, Kaspische Ärsche.,
anschl. Ragga Sound Jam
Eintritt: 10.-DM,
ab 20 Uhr im
THOMAS WEIßBECKER-HAUS
WILLHELMSTR.9,
U-BHF. HALLESCES TOR
Sa 21.5.

DEMONSTRATION

TREFFPUNKT SAMSTAG **21. MAI 1994**

15 UHR BERLIN, BREITSCHEIDPLATZ (NÄHE U-BAHNHOF ZOO)

KUNDGEBUNG VOR DER JVA MOABIT

FÜR EIN BÜNDNIS ALLER, DIE SICH DEM MENSCHENVERACHTENDEN FASCHISMUS ENTGEGENSTELLEN!

UnterstützerInnen für die inhaftierten und verfolgten AntifaschistInnen



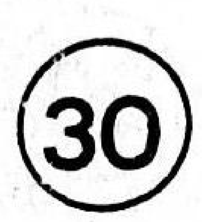
Sa 21.5.

Vorankündigung!

Auch dieses Jahr **"Libertärer Jahrmarkt"** auf dem Senefelder Platz!

Sa 23.07.93 ab 15.00 Uhr

Marktstände von Schnick-Schnack bis politische Literatur, Ausstellungen, Vorträge, Gesprächsrunden, Kinderprogramm und Live-Musik. Natürlich wird für das leibliche Wohl gesorgt.



Kundgebung/Konzert am 22.Mai 15 Uhr

vor dem Frauenknast Plötzensee

20.30 So 22.5.

VIDEOKINO im K.O.B

"HALBBLUT THUNDERHEART"

Anarchistischer Medienladen



im El Locco Café

Halt! – Mittwoch-Aussteigen!

Gibt es anarchistische Perspektiven in dieser Stadt?

Wie sehen die mittelfristigen Utopien und Perspektiven aus anarchistischer Sicht aus? Sind die Tauschmärkte, Projektvernetzungen usw. Ansätze einer anarchistischen Idee oder sind wir weiter denn je von einer anarchistischen Bedürfniswirtschaft entfernt?

Mittwoch, den 25.05.1994 ab 11.00

Montagabends: Video im Falckeladen

Falckensteinstraße 46 - 10997 Berlin

23. Mai, 19.30 Mo 23.5.

"Marchstrasse/Einsteinufer - Wir werden hier wohnen bleiben!"

116 min., Berlin 1994

5 Jahre gibt es das besetzte Gelände in Berlin-Charlottenburg: drei Häuser und eine Wagenburg. Seit Oktober 1992 laufen 2 Räumungsprozesse. Gegen den Räumungsdruck entstand dieser Film, in dem die Geschichte der Besetzung erzählt wird und einige BewohnerInnen schildern, was mit der Räumung zerschlagen würde.

Das Einsteinufer hat am 26. Mai Prozeß!

Siehe Demo/Kundgebungs-Ankündigung in diesem Heft!

★ ROTE SÄGE ★

Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin,
tel. 785 99 73 Beginn: jeweils 19.30 Uhr

Reihe Nationalismus und Kultur
Rudolf Rocker

Di 24.5.

Jakob Schiffelholz am 24.5. / 31.5. / 7.6.1994:

Der erste Abend (Video) am 24.5. ist der Biographie Rudolf Rockers gewidmet.

VIDEO

IM BANDITO ROSSO

Lottumstr. 10a
10999 Berlin

26.05.94, 20⁰⁰ Die Bombe tickt Teil 1, Spielfilm

Der ostdeutsche Jugendliche Gerd zündet zusammen mit Rechtsradikalen aus seinem Ort einen Asylbewerberbus an. Zusammen mit seinem Freund und Mittäter schließt er sich, auf der Flucht vor der Polizei einer internationalen neofaschistischen Organisartion an, an dessen Spitze politische Biedermänner einer deutschen rechtsextremen Partei stehen. Gerds Schwester macht sich auf die Suche und kommt dem Nazinetzwerk auf die Spur.

Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin,
tel. 785 99 73 Beginn: jeweils 19.30 Uhr

Basis Radio am Do 26.5.

"Von Wüsten und Oasen"
Linke, Rassismus und Migration

Heute, da es immer nötiger scheint, ist es offensichtlich, daß sich mit den alten Idealforderungen "Offene Grenzen", "Beseitigung der Fluchtursachen", "Internationale Solidarität" nicht so einfach praktische Politik machen läßt wie gedacht.
Währenddessen entdecken manche zunehmend ihre gemeinsamen Interessen als "OasenbewohnerInnen" mit der restlichen Bevölkerung.
Wir wollen rassistische Denkmuster in der Linken aufzeigen und diskutieren.

Do 26.5.

- Der Spaß ist nun vorbei !
- Schicken wir Amtrichterin Görlitz dahin, wie sie heißt !
- Zeigen wir gemeinsam, was wir von der Moabiter Justiz halten !
- Beteiligt euch massenhaft am Donnerstag, den 26 Mai, irgendwann Vormittags an den Protestaktionen gegen die Moabiter Klassenjustiz in der Kirchstr. 6 - Amtsgericht !

- Und darüber hinaus gilt ganz selbstverständlich: Freiheit für alle gefangenen Antifas !

Initiative Freiheit, Glück und unkontrollierte Treetbootorganisierung

---

20.30 Do 26.5.

VIDEOKINO im K.O.B.

" LOHN DER ANGST "

Um den Abschiebeknast in Büren gab es bisher noch keinen größeren Wirbel. Allein die Größe des Knastes macht es unwahrscheinlich, daß Proteste und Widerstand im Knast draußen bekannt werden. Damit das Land und Büren's Knastchef Möller nun aber nicht denken, uns interessierte nicht, was sie im Bürener Wald machen, rufen wir auf zur

DEMONSTRATION am Sonntag dem 29.5.94, 11 Uhr in Büren.

Der 29.05. wurde zur Erinnerung an die Toten in Solingen vor einem Jahr gewählt.

MARCHSTRASSE/EINSTEINUFER

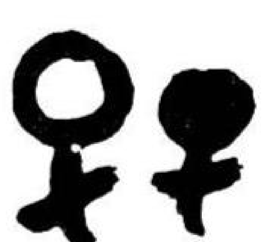
Kein Gott, kein Staat,
Kein Mietvertrag
Aber einen Räumungsprozess

Kommt alle zur Prozesskundgebung

Frische Infos - kalter Kaffe
Wer früh aufsteht
kann länger kämpfen

Donnerstag, 26 Mai
9.30 Uhr
Landgericht Berlin
Littenstrasse
U - Klosterstr.

Eintritt frei!



FRAUEN/LESBEN-FRÜHSTÜCK MIT ANSCHLIEẞENDER DISKUSSION AM 19.06. AB 11 UHR IM FRAUENRAUM (MEHRINGHOF)

Wir sind ein Bündnis, das Aktionen und Strategien gegen die aktuelle imperialistische Politik der BRD plant und durchführt.

Wir wollen uns gleichzeitig mit dem Begriff "Imperialismus" auseinandersetzen, um eine gemeinsame Basis zum Handeln zu haben.

Anhand verschiedener Texte möchten wir diskutieren und haben [illegible] uns beim letzten Frühstück (am 24.4.) auf folgende Diskussionsgrundlagen geeinigt:

1. Karam Khella "Imperialismus heute"
2. Lenin "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
3. Lydia Potts "Weltmarkt für Arbeitskraft"


Die Diskussion wird in längeren Abständen regelmäßig stattfinden. Bei diesem Frühstück werden wir mit dem Text von Karam Khella beginnen.

Parallel dazu werden vom Bündnis weitere Aktionen vorbereitet.

Die Texte gibt es im Schoko-Cafe (Mariannenstr.4) und im Frauenraum im Mehringhof (2.HH, 4. Etage, samstags 16-21 Uhr, Tel 691 29 71).

Für Getränke zum Frühstück werden wir sorgen, bringt bitte selbst etwas zu essen mit.

FRAUEN/LESBEN-BÜNDNIS GEGEN IMPERIALISTISCHE KRIEGE


KEINE KRIMINALISIERUNG
DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS
UND DER SELBSTVERTEIDIGUNG VON IMMIGRANTINNEN -
EINGREIFEN IST GERECHTFERTIGT!
Der rechte Terror ist für viele zum Normalfall geworden.
Diejenigen, die sich gegen die Verschärfung der Situation
zur Wehr setzen, werden kriminalisiert. Ihnen drohen harte Strafen,
lange Untersuchungshaftzeiten und schwere Repression.
Neben 13 AntifaschistInnen aus Arolsen sowie Gunther aus Wiesbaden
sind davon besonders die in Berlin seit November 1993
inhaftierten 5 türkischen und kurdischen AntifaschistInnen betroffen.
Der Vorwurf gegen sie und 5 weitere Gesuchte lautet auf „Mord".
(Sie sollen im April 1992 ein Treffen von Nazis der Deutschen Liga für Volk
und Heimat überfallen haben, wobei deren Schriftführer Gerhard Kaindl
Messerstiche erlitt, an denen er wenig später starb.)
Dieser Fall hat durch die Tragweite der Vorwürfe eine besondere Rolle:
Er droht zum größten Antifa-Prozeß der Nachkriegsgeschichte gemacht zu werden.
DEMONSTRATION
TREFFPUNKT
SAMSTAG
21. MAI 1994
15 UHR
BERLIN, BREITSCHEIDPLATZ
(NÄHE U-BAHNHOF ZOO)
KUNDGEBUNG VOR DER JVA MOABIT
FÜR EIN BÜNDNIS ALLER, DIE SICH DEM
MENSCHENVERACHTENDEN FASCHISMUS ENTGEGENSTELLEN!
UnterstützerInnen für die inhaftierten und verfolgten AntifaschistInnen
SCHEN GE
G DER HAFT